8110
III

Różne akta z czasów namiestnictwa

Michała Bobrzyńskiego (1908-1913)

V. Uniwersytet ruski

8110

Lemberg, am 5. September 1907.

Z. 1 5 2
G.G.

3 Beilagen.

Unter Rückvorlage der mit den Erlässen vom 12. April l.J., Z. 901 K.u.U. und 902 K.u.U. herabgelangten Memoranden der Szewczenko-Gesellschaft und der ruthenischen Professoren an der Lemberger Universität beehre ich mich zu der Frage der Errichtung einer selbständigen ruthenischen Universität in Lemberg nachstehendes zu bemerken:

Die Forderung der Errichtung einer eigenen ruthenischen Universität, die ehemals nur ab und zu vorübergehend laut wurde, ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Postulate der Ruthenen in Galizien geworden, wobei allerdings die einzelnen ruthenischen politischen Parteien bezüglich des Charakters dieser Universität verschiedene Erwartungen hegen und zur Erreichung des ins Auge gefaßten Zieles ungleiche Wege einschlagen.

Die altruthenische Partei gibt in vollkommen ruhiger und gemäßigter Form ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß diese künftige Universität eine russische Universität sein soll. Die nationale, sogenannte ukrainische Partei hingegen und Hand in Hand mit ihr die radikale Partei fordert die Errichtung einer „ ukrainischen" Universität und drängt auf die Erfüllung dieses Postulates mit großer Ungeduld und Heftigkeit. Dieser Charakter der Aktion und vor allem ihre „ukrainische" Tendenz verraten, daß es sich hier nicht so sehr um die Befriedigung kultureller Bedürfnisse als vielmehr um die Erreichung eines fast ausschließlich politischen Zweckes handelt.

./.

An
das k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht in W i e n.

Die radikal gefärbte ukrainische Bewegung zieht in Galizien seit etwa 10 Jahren (d.i. seit der Ankunft des Professors Hruszewski) immer weitere Kreise; ihr Endzweck liegt nicht nur außerhalb der österreichischen Staatszwecke, sondern läuft demselben zuwider; dieser Zweck ist die Schaffung einer unabhängigen, radikalen, ukrainischen Bauernrepublik, speziell in Galizien aber die Gewinnung einer Basis für die Aktion in Süd-Rußland und die Eroberung zum Mindesten des östlichen Teiles von Galizien, des sogenannten Rot-Rußland - das niemals mit der Ukraine etwas gemein hatte und nur vorübergehend und lose mit dem einstmals bestandenen Großfürstentum Kiew zusammenhing - für das künftige ukrainische Reich.

In Galizien äußert sich diese Bewegung als ein Bestreben der Expansion auf Kosten der zweiten, seit Jahrhunderten im Lande ansässigen Nation und der Verdrängung dieser zweiten Nation soweit als möglich nach Westen, bezüglich der Lemberger Universität aber, als das Bemühen der allmähligen vollständigen Ruthenisierung derselben . Diese außerordentlich radikale und chauvinistische Bewegung, die zu den hauptsächlich in den Kreisen der Hochschul- und Mittelschuljugend um sich greift, hat sich denn auch in ihrem Manifestationen auf dem Boden der Universität seit dem Jahre 1901 allzu radikaler Mittel und insbesondere systematischer, vorgeplanter Exzesse bedient, die darauf abzielten, ein normales Funktionieren der Universität unmöglich zu machen und in weiterer Folge Zugeständnisse zu erzwingen durch die der bisherige Charakter dieser Universität von Grund aus geändert würde.

Die Stimmen, daß die Lemberger Universität ruthenisch werden soll, waren nicht vereinzelt und fanden beredten Ausdruck in der ruthenischen Presse, welche auf diese Weise das Vorgehen der Jugend billigte. Es ist daher auch nicht zu bezweifeln daß diese ganze Aktion der studierenden Jugend im Einvernehmen

./.

mit Personen vorgenommen wurde, die außerhalb ihrer Kreise stehen und im Wege der Presse auf die politische und soziale Strömung im Lande Einfluß üben.

Ein klares Bild wirft auf den Zweck der vorgekommenen Exzesse die Tatsache, daß sie alle offensiven Charakter hatten und keineswegs als eine etwa durch unkorrektes oder ungerechtes Vorgehen der Universitätsbehörden oder durch irgend eine Beeinträchtigung bei der Handhabung geltender Vorschriften hervorgerufene Reaktion betrachtet werden können.

Selbst die parteiischeste Darstellung des Sachverhaltes durch Organe der ruthenischen Presse muß Jedermann zu der Ueberzeugung führen , daß die Ruthenen ausschließlich den gegenwärtigen Rechtszustand als Provokation betrachten und daß alle Wirren an der Universität immer nur durch Anwendung und niemals durch Ueberschreitung der Gesetze hervorgerufen wurden.

Wenn aber von ruthenischer Seite gleichzeitig die Forderung nach Gründung einer eigenen ruthenischen Universität laut wurde, so geschah dies nur, um jene, durch die Exzesse der Jugend inaugurierte und auf die Umgestaltung der bestehenden Universität hinarbeitende Aktion zu unterstützen; denn man wär sich darüber gewiß vollkommen klar, daß die Errichtung einer zweiten Universität auf große Schwierigkeiten stoßen muß und daß es leichter fallen wird, unter der Pression dieser Forderung eine zunächst beschränkte, später aber sukzessive immer tiefer greifende Aenderung des gegenwärtig an der Universität bestehenden Rechtsstandes zu erwirken.

Heute, wo diese heftigen Angriffe naturgemäß die Opposition der polnischen akademischen Jugend und aller Polen überhaupt wachgerufen haben , scheint die Forderung nach sofortiger Errichtung einer eigenen ruthenischen Universität

./.

seitens der leitenden ukrainischen Kreise allerdings im Ernst erwogen zu sein; daß aber zwischen dieser Forderung und dem ehemaligen leitenden Gedanken der Aktion ein inniger Zusammenhang besteht, erhällt daraus, daß diese Kreise, welche die Exzesse der ruthenischen Jugend immer in Schutz genommen haben, auch heute ihre Petition um Errichtung einer eigenen ruthenischen Universität auf die durch die Jugend angeführten Argumente stützen - insbesondere auch den historischen Nachweis, als wäre die bestehende Universität ursprünglich für die Ruthenen bestimmt gewesen und widerrechtlich durch die Polen usurpiert worden, oder als wäre sie utraquistisch - Argumente, deren vollkommene Haltlosigkeit sowohl die historischen Tatsachen als auch der gegenwärtige Rechtszustand auf das Klarste erweisen.

Die Lemberger Universität auf Grund des im Jahre 1758 durch König August III. erneuerten Stiftungsbriefes des Königs Johann Kazimir vom Jahre 1661 errichtet und der Leitung des Jesuitenordens unterstellt, bestand trotz der später durch die polnische Regierung beschlossenen Auflösung ununterbrochen auch nach der Teilung Polen's bis zur Aufhebung des Jesuitenordens im Jahre 1773 fort. In diesem Jahre eröffnete die österreichische Regierung ein eigenes Kollegium medicum während die bisher bestandene Universität in ein Gymnasium umgewandelt wurde, das entsprechend den damaligen Einrichtungen phylisofische und juristische Kurse umfaßte. Auch die theologischen Studien wurden beibehalten.

Diese Anstalten, welche Hochschulcharakter besaßen wurden durch Kaiser Josef II. im Sinne eines bereits im Jahre 1774 geäußerten Wunsches seiner Mutter im Jahre 1784 in eine Universität umgewandelt, wobei Kaiser Josef in dem bezüglichen Stiftungsakte „die in der galizischen Hauptstadt

./.

Lemberg schon gegenwärtig bestehend/en und noch künftig dort einzuführenden Lehr- und Unterrichtsanstalten in ihrem ganzen Umfange als eine wahre Universität und hohe Schule" anerkannte.

Nach Aufhebung der Josefinischen Universität im Jahre 1805 entstand an deren Stelle ein Lizeum welches endlich im Jahre 1817 auf Grund eines Stiftungsaktes des Kaiser Franz I. zu der heute bestehenden Universität ausgestaltet wurde.

Weder in dem Stiftungsakte Kaiser Josefs II. noch in dem Kaiser Franz I. wird der Ruthenen oder ihrer kulturellen Bedürfnisse gedacht; es war dies auch ganz natürlich, da diese Universität bestimmt war ein Unterrichtszentrum für die gesamte Einwohnerschaft des Landes ohne Unterschied der Nationalität zu sein. Daß aber in erster Linie auf die kulturellen Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung das Augenmerk gelenkt wurde, beweist die Tatsache, daß, trotzdem ursprünglich die lateinische und später vom Jahre 1824 an, die deutsche Sprache Vortragssprache war, doch schon im Jahre 1784 für Pastoraltheologie und im Jahre 1817 für die polnische Sprache und Literatur Lehrkanzeln mit polnischer Vortragssprache kreiert wurden, während die erste Lehrkanzel mit ruthenischer Vortragssprache erst im Jahre 1849 entstand. Ebenso wurden gelegentlich der Reaktivierung der Universität im Jahre 1817 die Programme der Feier sowie die aus diesem Anlasse gehaltenen Reden über Anordnung des akademischen Senates nur in deutscher und polnischer nicht aber in ruthenischer Sprache publiziert. Die Polen haben also vorhinein eine gewisse Berücksichtigung ihrer Sprache gefunden und dies aus dem Grunde, weil fast die gesamte intelligente Bevölkerung des Landes - wenn auch zum Teile griechisch katholischen Glaubensbekenntnisses - sich zu dieser Nationalität bekannte und diese Nation auch das Hauptkontingent der Universitätshörer beistellte.

./.

Die ruthenischen Professoren heben zwar in ihrem beiliegenden Memorandum hervor - und es entspricht dies der Wahrheit - daß im Jahre 1787 in Verbindung mit der Universität eine besondere Unterrichtsanstalt für die Ruthenen und zwar für philosifische und theologische Studien errichtet wurde, sie vergessen aber hinzuzufügen, daß diese im griechisch-katholischen geistlichen Seminar untergebrachte Anstalt nur für dieses Seminar geschaffen wurde, daß die ruthenischen Kandidaten für den geistlichen Stand für das Universitätsstudium so wenig vorbereitet waren, daß sie die lateinischen Vorträge nicht besuchen konnten und endlich, daß, wie der ruthenische Schriftsteller Professor Ogonowski in seiner „ Geschichte der ruthenischen Literatur" berichtet, die Vorlesungen in diesem „ Studium ruthenum" nur zum Teile in ruthenischer, zum Teile aber (Mathematik Exegetik, kanonisches Rechte, Pastoraltheologie und Katechetik) über Wunsch der Ruthenen in polnischer Sprache stattfanden.

Als die Ruthenen im Jahre 1849 für ihre Sprache und Literatur die erste Lehrkanzel mit ruthenischer Vortragssprache erhilten, bestanden bereits seit langem zwei Lehrkanzeln mit polnischer Vortragssprache (für Pastoraltheologie seit 1784 und für polnische Sprache und Literatur seit 1817) und nicht, wie in dem Memorandum der ruthenischen Professoren behauptet wird, bloß eine - und als im Jahre 1860 ruthenische Vorlesungen über Dogmatik, Pastoraltheologie, Katechetik und Methodik eingeführt wurden, begannen gleichzeitig auch polnische Vorlesungen über Katechetik und Methodik!

Nach Einführung der Konstitution im Jahre 1860 erlangten zuerst (im Jahre 1862) die Ruthenen zwei Lehrkanzeln an der rechtswissenschaftlichen Fakultät (für Strafrecht und für Zivilprozeß) die sofort mit Supplenten besetzt wurden schon

./.

1877 wurden aber an dieser Fakultät vier Lehrkanzeln mit polnischer Vortragssprache errichtet (eine ordentliche für römisches Recht und drei außerordentliche für Privatrecht, Zivilprozeß und Strafrecht), worauf dann allmählig die Umwandlung anderer Lehrkanzeln mit bisher deutscher in solche mit polnischer Vortragssprache erfolgte.

Den Ruthenen war durch die Allerhöchste Entschließung vom 4. Juli 1871, welche alle Beschränkungen der Abhaltung von polnischen oder ruthenischen Vorträgen, aufhob, ebenso wie den Polen die Möglichkeit geboten eine größere Anzahl von Lehrkanzeln für sich zu erlangen, sie machten aber von dieser Möglichkeit wegen Mangels an geeigneten Lehrkräften und noch unzureichender kultureller Entwicklung keinen Gebrauch. Die im Jahre 1872 unter Nachsicht der Vorlage von wissenschaftlichen Arbeiten im telegraphischen Wege ernannten Supplenten entsprachen ihrer Aufgabe nicht, so daß die in diesem Jahre errichteten zwei Lehrkanzeln erst 1877 und 1882 mit wissenschaftlich qualifizierten Professoren besetzt werden konnten.

So wie die historische Entwicklung der sprachlichen Verhältnisse an der hiesigen Universität also keineswegs die Ansicht bestätigt, daß diese Universität von vornherein als ruthenische gedacht oder ausschließlich für die Ruthenen bestimmt gewesen sei, so entspricht auch die Behauptung der vorliegenden Memoranden als wäre an dieser Universität die ruthenische Sprache der polnischen rechtlich gleichgestellt und die Universität somit utraquistisch, nicht dem tatsächlichen Rechtszustande.

Die sprachlichen Verhältnisse an der Lemberger Universität wurden in der konstitutionellen Aera durch die Allerhöchsten Entschließungen vom 4. Juli 1871 (Ministerialverordnung vom 11. Juli 1871, Z. 523/Pr.), und vom 27. April 1879

./.

(Ministerialverordnung vom 5. Mai 1879, Z.8371) sowie durch die Ministerialerlässe vom 5. April 1882, Z. 8204 und vom 20.März 1902, Z. 583, normiert.

Bezüglich der Vortragssprache wurde mit der Allerhöchsten Entschließung vom 4. Juli 1871 verfügt.

„Daß die Beschränkungen, welche der Abhaltung von polnischen und ruthenischen Vorträgen an der rechts-und staatswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät der Universität in Lemberg bis nun entgegenstanden sind, gänzlich zu entfallen haben und daß auf die Lehrkanzeln dieser Fakultäten in Zukunft nur Kandidaten, welche zum Vortrage in einer der beiden Landessprachen vollkommen befähigt sind, berufen werden können."

Aus diesem Grunde enthält auch der Ministerialerlaß vom 11. Juli 1871, mit welchem die obige Allerhöchste Entschließung verlautbart wurde, entsprechende Bestimmungen bezüglich der Habilitation nach freier Wahl in polnischer oder ruthenischer Sprache.

Diese Bestimmungen wurden zu einer Zeit erlassen, als an der Universität die deutsche Sprache Vortrags-und Amtssprache und somit auch der Charakter der Universität ein deutscher war, wiewohl bereits eine Anzahl von Lehrkanzeln, mit polnischer und ruthenischer Vortragssprache bestand. Die Allerhöchste Entschließung bezweckte also nur die Klarung des Verhältnisses beider Landessprachen zu der deutschen Amtssprache der Universität.

Da jedoch mit dem Inhalte dieser Bestimmung, welche dem Vortragenden die Wahl der polnischen oder ruthenischen Sprache anheimstellte, der Fortbestand der bereits im Jahre 1862 errichteten ausschließlich der ruthenischen Sprache vorbehalte-

./.

nen Lehrkanzeln nicht vereinbar war und da weiters mit der Allerhöchsten Entschließung vom 27. April 1879 nur die polnische Sprache als Amtssprache der Universität anerkannt wurde, erwies sich die Notwendigkeit einer Regelung des Verhältnisses zwischen der polnischen und der ruthenischen Sprache als Vortragssprachen. Diese Regelung erfolgte mit der Ministerialverordnung vom 8. April 1882, welche bestimmte: „daß nach der gegenwärtigen Einrichtung der Lemberger Universität (also nach der Einrichtung auf Grund der Allerhöchsten Entschließung vom 27. April 1879) alle Professoren in der Regel zur Abhaltung der ihnen obliegenden Vorlesungen in der polnischen Sprache verbunden sind wovon nur in jenen Fällen eine Ausnahme einzutreten hat, wo durch die Regierung unbeschadet des für jeden Kandidaten geltenden Erfordernisses der vollkommenen Kenntnis einer der beiden Landessprachen eine anderweitige Bestimmung getroffen wird oder bereits früher getroffen wurde, wie dies eben in Ansehung der in Frage stehenden für den Vortrag in ruthenischer Sprache bestehenden Lehrkanzeln der Fall ist."

Diese Verordnung hat somit konstatiert, daß die frühere Allerhöchste Entschließung vom 4. Juli 1871 angesichts der Allerhöchsten Entschließung vom 27. April 1879 nicht in voller Geltung erhalten bleiben kann, weil durch diese Bestimmung, durch welche an Stelle der deutschen die polnische Sprache als Amtssprache trat, diese letztere Sprache zugleich auch zur regelmäßigen Vortragssprache wurde.

Auf Grund der gegenwärtig geltenden Vorschriften ist also nur bei Habilitationen die Wahl der polnischen oder der ruthenischen Vortragssprache zulässig und in dieser Weise beschränkt, für die bestehenden Lehrkanzeln gilt jedoch die polnische Sprache als Vortragssprache, insoweit nicht ausdrücklich

./.

durch eine besondere Verfügung der Regierung eine Ausnahme zugelassen wurde. Solche Ausnahmen bestehen aber (abgesehen von der lateinischen Sprache an der theologischen Fakultät) nicht nur zu Gunsten der ruthenischen, sondern auch zu Gunsten der deutschen Sprache (zwei Lehrkanzeln an der philosophischen Fakultät) und können, selbst wenn ihre Zahl zunehmen sollte, dem mit der Allerhöchsten Entschließung vom 27. April 1879 festgestellten polnischen Charakter der Lemberger Universität absolut nicht tangieren, noch auch als Beweis ihres utraquistischen Charakters gelten; denn soweit es sich um die Vortragssprache der Universitäts-Lehrkanzeln handelt, ist die ruthenische Sprache der polnischen rechtlich keineswegs gleichgestellt. Diese ist Regel, jene Ausnahme.

Daß dies der prinzipielle Standpunkt der Allerhöchsten Entschließung vom 27. April 1879 ist, erhellt deutlich aus ihrer weiteren Bestimmung: „daß als Prüfungssprache bei den strengen Prüfungen an den weltlichen Fakultäten die polnische Sprache angesehen werde." Die Kandidaten dürfen sich bei diesen Prüfungen nur insoweit der ruthenischen oder der deutschen Sprache bedienen, als die zur Vornahme der Prüfungen berufenen Professoren diese Sprache beherrschen.

Auch in dieser Hinsicht hat die ruthenische Sprache keinerlei Ausnahmsrechte erlangt, die eine Benachteiligung des polnischen Charakters der Universität in einem utraquistischen bewirken könnten.

Den Ruthenen ist aber im Rahmen der bestehenden Einrichtungen die volle Möglichkeit der Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse gegeben, ohne daß hiezu eine Aenderung des gegenwärtigen Charakters der Universität notwendig wäre; die Errichtung neuer Lehrkanzeln mit ruthenischer Vortragssprache und in weiterer Folge die Ermöglichung der Ablegung von Figo-

./.

rosen in dieser Sprache ist ja rechtlich in keiner Weise beschränkt und in erster Linie von den Ruthenen selbst abhängig, deren Sache es ist, die entsprechenden, wissenschaftlich qualifizierten Kräfte beizustellen.

Ebenso behindert auch der gegenwärtige Rechtszustand bezüglich der Amtssprache der Universität - wenngleich auch hier von Juridifizierung keine Rede ist - die Ruthenen nicht in der Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse und dies umsoweniger, als auch in dieser Richtung gewisse namhaftere Zugeständnisse gemacht wurden, durch welche allen diesbezüglichen sprachlichen Postulate der Ruthenen Berücksichtigung fanden.

So sind im Sinne der Allerhöchsten Entschließung vom 27. April 1879 und der Ministerialverordnung vom 8. Mai 1879 betreffend die polnische Sprache als Amtssprache der Universität zwar alle internen Amtsgeschäfte der Universitätsbehörden in polnischer Sprache zu erledigen, jenen die Vorlesungskataloge und Kollegienzeugnisse, welche an Professoren und Dozenten bestimmt sind, sind jedoch in polnischer Sprache verfassen, in ihrer Vortragssprache , also ruthenische oder deutsch auszufertigen ; ferner hat der akademische Senat mit der mit Ministerialerlaß vom 20. März 1902, Z.388 zur Kenntnis genommenen Beschlüsse vom 27. Jänner 1902 gestattet :

a) daß trotz der Allerhöchsten Entschließung vom 27. April 1879 die Legitimationsbücher (Inskriptionsbücher) im Sinne der früheren Vorschriften und zwar des § 24 der Ministerialverordnung vom 1. Oktober 1850, R.G.Bl.Nr.370 ausschließlich in lateinischer Sprache ausgestellt und in ebendieser Sprache ausgefüllt werden,

b) daß die belegten Kollegien in den Legitimationsbüchern in jener Sprache verzeichnet werden, in welcher sie im Lektionskatalog angeführt sind,

c) daß die eigenhändige Inskriptionsschrift des Hörers

./.

den Bestimmungen über die Amtssprache nicht unterliege, daher auch in ruthenischer Sprache und Schrift eingezeichnet werden dürfe;

d) daß alle schriftlichen Eingaben, also auch die durch Hörer eingebrachten in derselben Landessprache beantwortet werden, in der sie verfaßt sind.

Die drei letzten von diesen Bestimmungen waren - was besonders betont zu werden verdient - keineswegs neue Zugeständnisse, sondern anerkannten bloß einen seit langem geübten Brauch; was speziell den Brauch der ruthenischen Beantwortung von ruthenischen Eingaben der Hörer anbelangt, so bestand derselbe an der Universität wenigstens seit dem Jahre 1871 und stützte sich auf die Bestimmung des letzten Absatzes der Ministerialverordnung vom 11. Juli 1871 betreffend die Annahme und Erledigung von ruthenischen und polnischen Eingaben durch die damals deutsch amtierenden Universitätsbehörden, obgleich diese Bestimmung im Wortlaute auf die Allerhöchste Entschließung vom 27. April 1870 bezüglich der Eingaben von Universitätshörern nicht mehr als hierauf angewendet werden konnte. Außerdem bestehen in der Praxis an den weltlichen Fakultäten noch andere, durch langen Brauch sanktionierte Ausnahmen von der Verwendung der regelmäßigen Amtssprache und zwar zu Gunsten der lateinischen Sprache.

Der heutige faktische Rechtszustand bezüglich der Amtssprache an der Lemberger Universität stellt sich also folgendermaßen dar :

1.) In Sinne der Allerhöchsten Entschließung vom 27. April 1870 geschieht die Erledigung der internen Amtsgeschäfte der Universität ausschließlich in polnischer Sprache und zwar betrifft dies sowohl alle Beratungen der kollegialen Universitätsbehörden und die Protokolle dieser Beratungen, als auch alle

durch die Oberen Universitätsbehörden amtlich vorgenommenen Protokolle und dies sowohl in Angelegenheit administrativer Natur als auch in Disziplinarangelegenheiten.

2.) Die Vorschriften betreffs der Amtssprache finden ferner Anwendung bei allen Schriftwechseln der Universität gegenüber den angestellten Personen, also Professoren, Dozenten, Assistenten, Lektoren, Hauptpersonale und Unterpersonal.

3.) Alle amtlichen Kundmachungen und Verfügungen, welche internen Angelegenheiten der Universität, insbesondere die Studienordnung, das Verhältnis der Hörer zu den Universitätsbehörden und den Professoren und Lektoren, ferner die Hausordnung und die Disziplin betreffen, werden aber ausschließlich in deutscher Sprache verfaßt.

Eingaben in Bittform jeglicher das Studium betreffende Angelegenheiten von Professoren und Assistenten, die in einer anderen Sprache, als der deutschen verfaßt sind, gelten diese Bestimmungen entsprechend für die Hörer der betreffenden Professoren und Dozenten bestimmt sind.

4.) Sämtliche Eingaben an Universität, Nationalkanzlei, Zeugnisse und Legitimationskarten der Hörer werden in der Amtssprache ausgefertigt und sind in jener Sprache auszufüllen.

5.) Die Matrikelscheine und Legitimationsbücher sind künftighin nur in lateinischer Sprache ausgestellt; die belegten Kollegien werden in die Legitimationsbücher in jener Sprache eingetragen, in welcher sie im Lektionskatalog angeführt sind. Die Rubriken auf der Ostseite und auf der ersten Seite des Legitimationsbuches sind lateinisch auszufüllen, die Namen der vortragenden Professoren und Dozenten in jener Sprache anzugeben, in welcher sie im Lektionskatalog verzeichnet sind.

6.) Die Index-Kataloge und die Kollegienbesuchszeugnisse wer-

./.

den in der Vortragssprache des betreffenden Professors oder Dozenten geführt, sowie erforderlichenfalls angestellt.

7.) Die eigenhändige Unterschrift des Hörers unterliegt den Bestimmungen über die Amtssprache der Universität nicht.

8.) Die einzelnen Prüfungen,(Rigorosen) werden in polnischer Sprache vorgenommen,können aber auch in ruthenischer oder deutscher Sprache abgelegt werden, wenn die zur Vornahme der Prüfung berufenen Professoren die betreffende Sprache beherrschen. Ebenso ist auch die Bestimmung der zur Erlangung des Doktorgrades vorgelegten Dissertationjeweils in einer für alle Mitglieder der Kommission verständlichen Sprache zu verfassen. Die Protokolle dieser Prüfungen werden entweder in der Amtssprache oder (an der juristischen Fakultät) lateinisch verfaßt, hingegen alle Diplome der Universität ausschließlich in lateinischer Sprache ausgefertigt.

9.) Auf schriftliche Ansuchen erfolgt eine schriftliche Erledigung in der selben Landessprache, in welcher die Eingabe verfaßt ist, ausgenommen jene Fälle, in welchen eine Eingabe im Sinne des letzten Absatzes des § 79 der Ministerialverordnung vom 1. Oktober 1930, P.G.B.N.Nr.320 durch eine amtliche Feedmachung auf den amtlichen Teil 3 verwiesen wird.(Dies geschieht in Abwesenheit von Vollzugsgebührenbefreiungen.)

10.) Die in der Universitätsbehörden an andere Behörden gerichteten schriftlichen Gesuche von Studenten werden seitens der Universitätsbehörden entgegengenommen, mit einem Datumstempel versehen und weitergeleitet. Ebenso werden auch ruthenisch verfaßte Gesuchschriften angenommen, selbst wenn hiezu von der Universität herausgegebene polnische Formulare (z.B. Formulare für Armutszeugnisse) verwendet werden.

./.

11.) Die Angelobung bei der Immatrikulation erfolgt in der Amtssprache.

12.) Im mündlichen Verkehre der Hörer mit den Universitätsbehörden, den Professoren und Dozenten kann auch in amtlichen Angelegenheiten außer der Amtssprache jede Landessprache oder auch eine fremde Sprache (z.B. französisch von Seite der Bulgaren) verwendet werden und besteht diesbezüglich keinerlei Einschränkung, woferne nur eine Verständigung möglich ist.

Außer den nach dem gegenwärtigen faktischen und Rechtsstand bereits erlangten Berücksichtigungen ihrer Sprache fordern nun die Ruthenen noch weitere Konzessionen, befolgen aber hiebei eine eigenartige Taktik, indem sie ihre Postulate nicht als neue darstellen, die erst durch neue Vorschriften erfüllt werden könnten, sondern durch unrichtige Interpretation oder durch direkte Entstellung der bestehenden Vorschrifttten nachzuweisen trachten, daß das, was sie fordern, ihnen schon lange zugestanden sei, sich aus den geltenden Vorschriften ergebe und ihnen nur widerrechtlich vorenthalten werde. Auf demselben Standpunkte stehen auch die vorliegenden Memoranden.

Auch sie argumentieren in gleicher Weise wie die ruthenische Publizistik, daß sowohl auf Grund allgemeiner Sprachenverschriften als auch auf Grund der im vorstehender besprochenen Allerhöchsten Entschließung vom 4. Juli 1871 der ruthenischen Sprache an der Lemberger Universität die gleiche Stellung zukomme, wie der polnischen sowie daß die Allerhöchste Entschließung vom 27. April 1870 über die innere Amtssprache der Universität auf die ruthenischen Studenten keine Anwendung finden könne, da die Studenten gegenüber den Universitätsbehörden als Privatparteien zu gelten haben. Auf diese Argumentation stützte sich auch die von ruthenischer Seite bei den

./.

Zentralbehörden unternommenen Schritte, welche die Erwirkung der Anerkennung bezweckten, auf die ruthenischen Professoren sich im Verkehre mit den Universitätsbehörden der ruthenischen Sprache bedienen dürfen, ferner daß die Studenten die Angelobung bei der Immatrikulation in ruthenischer Sprache leisten können, und daß die Legitimationskarten der Studierenden gleichfalls in dieser Sprache auszustellen sind.

In allen diesen drei Punkten haben die nur Entscheidung berufenen Behörden erkannt, daß die Rechtsgrundlage, auf welche diese Forderungen gestützt wurden, eine irrige sei und daß diese Postulate mit den an der Lemberger Universität geltenden Vorschriften im Widerspruche stehen.(Erlaß des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 29. Mai 1902 Z.Ger.Entscheidungen vom 22. April 1904 Z.137 und 138).

In gleicher Weise entbehren der Begründung in den geltenden Vorschriften auch die weiteren Forderungen der Ruthenen, als da sind:

a) daß für den Verkehr der Universitätsbehörden mit den Studenten ruthenischer Nationalität ausschließlich die ruthenische Sprache verwendet werde;

b) daß die Universitätsdrucksorten auch in dieser Sprache ausgefertigt werden;

c) daß diese Drucksorten in dieser Sprache ausgefüllt werden können;

d) daß Protokolle mit ruthenischen Studenten in ruthenischer Sprache aufgenommen werden.

Die Erfüllung dieser Forderungen würde die bestehende Verfassung der Universität vom Grunde aus ändern und die prinzipiellen Bestimmungen der Allerhöchsten Entschließung vom 27. April 1879 vollkommen umstürzen.

Wenn aber, wie dies eines der vorliegenden Memoranden

./.

behauptet, den Ruthenen jemals von Seiter der Regierung auf gewisse Zugeständnisse Hoffnung gemacht wurde, so konnte im Rahmen der geltenden Vorschriften ohne Tangierung ihres Wesens nur noch etwa von Konzessionen in folgenden Richtungen die Rede sein.

a) Daß der feierliche Akt der Immatrikulation der an derMehrzahl der Universitäten nur mehr mehr stattfindet und in Lemberg gerade zu nationalen Zwistigkeiten Anlaß gibt, gänzlich abgeschafft werde;

b) daß die Druckorten an der Universität zwar an erster Stelle in der Staatssprache, aber daneben auch gleichlautend in ruthenischer Sprache ausgefüllt werden können, und endlich

c)daß bei Disziplinaruntersuchungen die Mitteilungen der Universitätslehrer oder außerhalb der Universität stehender Personen im Interesse der Genauigkeit der Erhebungen - eventuell unter Vermittlung eines Dolmetschs - in jener Sprache entgegengenommen werden können,deren sich diese Personen gewöhnlich bedienen.

Die vorliegenden Memoranden führen zur Begründung ihres Ansuchens noch folgende Argumente an :

a) daß angesichts der heute unter den Studenten polnischer Nationalität herrschenden Stimmung ein ruhiges und gedeihliches Zusammenarbeiten beider Nationalitäten an der Lemberger Universität unmöglich sei;

b) daß die polnischen Professoren sich einer weiteren Überpolonisierung der Universität, also auch einer weiteren Vermehrung der ruthenischen Lehrkanzeln widersetzen werden,

c) daß die Zahl der ruthenischen Hörer an der Lemberger Universität bereits auf 1000 angewachsen sei und

d) daß die ruthenische Nation 30 Millionen zähle und sich bereits auf eine solchen Stufe der kulturellen Entwick-

./.

lung befinde, daß sie mit Fug und Recht für sich eine eigene Universität beanspruchen könne.

Indem ich von der Stimmung der polnischen akademischen Jugend und der polnischen Gesellschaft, die nur durch die Gewaltakte der Ruthenen an der Universität hervorgerufen wurde und in Hinkunft bei ruhigem und legalen Verhalten der Ruthenen denselben sicherlich keinen Anlaß zur Klage geben wird, absehe, muß ich jedenfalls konstatieren, daß der gegen die polnischen Professoren bezüglich ihrer Stellung in der Frage der ruthenischen Lehrkanzeln erhobene Vorwurf jeder faktischen Grundlage entbehrt. Man kann auch nur nicht annehmen, daß die polnischen Professoren sich entgegen der geltenden Vorschriften der Kreierung neuer ruthenischer Lehrkanzeln, d.i. neuer wissenschaftlicher Posten widersetzen sollten, wozu ihnen übrigens die Möglichkeit fehlt, da ja ihre eventuelle unbegründete Opposition auf die Entscheidung der Oberbehörden gewiß keinen maßgebenden Einfluß auszuüben vermöchte.

Ebenso unbegründet ist auch die in dem Memorandum der Szewczenko-Gesellschaft enthaltene Behauptung, die polnischen Professoren wären im Verhinderungen allen Habilitationen von ruthenischer Seite abgeneigt, es wurde im Gegenteil schon eine ganze Reihe von Ruthenen zur Habilitierung zugelassen und im Übrigen steht ja im Falle der Verweigerung einer Habilitierung dem Hierüber Betroffenen das Recht der Berufung an das k.k. Ministerium zu. Schließlich könnten sich ruthenische Kandidaten auch an anderen österreichischen Universitäten habilitieren und sodann die erlangte venia docendi auf die Lemberger Universität übertragen und im Falle einer abweisenden Haltung dieser Universität wieder die Entscheidung des Ministeriums anrufen.

Bisher haben von ruthenischen Kandidaten nur zwei (an der juristischen Fakultät) infolge Verweigerung der Habili-

./.

tierung von der Rechte der Berufung Gebrauch gemacht und in beiden Fällen hat das k.k. Ministerium die Entscheidung der Fakultät bestätigt.

Als gewichtige und beachtenswerte Argumente, die geeignet wären, die Forderung der Errichtung einer ruthenischen Universität zu begründen, können nur jene betrachtet werden, die sich auf das Anwachsen der Zahl der Hörer der ruthenischen Nationalität und auf die kulturelle Entwicklung der Ruthenen stützen, wobei aber selbstredend nur die ruthenische Bevölkerung Galiziens in Betracht gezogen werden kann und diese insoweit, als der in Südrussland ansässige Rest des ruthenischen Volkes nur sehr geringen Ausnahmen aus einer kulturell ganz verwahrlosten und infolgedessen sehr tief stehenden Bauernbevölkerung besteht, die bisher noch gar nicht zum Bewußtsein ihrer Nationalität gelangt ist.

Es ist Tatsache, daß die Zahl der ruthenischen Hörer an der Lemberger Universität ständig wächst, wenn auch ihr prozentuales Verhältnis zu der Gesamtzahl der Hörer fortwährend in Abnehmen begriffen ist.

Vor zwei Jahren d.i. im Jahre 1875/7, betrug die Zahl der Hörer ruthenischer Nationalität 441, im Sommersemester des Jahres 1880/1 444. Nämlichen repräsentierten die Ruthenen in den Jahren 1875/7 und 1886/7 25'20 %, im Jahre 1880/1 28'16 % und im abgelaufenen Jahre nur mehr 26'04 % aller Hörer der Universität.

Hier wäre noch zu bemerken, daß der Hauptkontingent der ruthenischen Hörer auf die theologische Fakultät entfällt, während nämlich im Jahre 1886/7 an dieser Fakultät 25'21 Polen und 73'92 % Ruthenen inskribiert waren, war das Verhältnis an den weltlichen Fakultäten ein umgekehrtes u.zw. 74'07 %

Polen gab es nur 19'60 % Ruthenen. Trotzdem wäre die Zahl der ruthenischen Hörer ausreichend, um für sie eine, drei Fakultäten - und zwar die theologische, die rechts-und Staatswissenschaftliche und die philosophische - umfassende Universität zu eröffnen, wenn die übrigen Bedingungen hierfür vorhanden wären.

Bei Prüfung des zweiten, im vorstehenden als gemeinhin bezeichneten Argumentes ist vor allem zu untersuchen, ob das ruthenische Volk zur Schaffung und gedeihlichen Fortentwicklung einer wahren akademischen Wissenschaft bereits die genügende Reife besitzt, ob es also über entsprechende wissenschaftliche Kräfte verfügt, die geeignet wären, nicht nur von der Lehrkanzel einer Universität gewisse Zweige des Wissens zu tradieren, sondern auch eine wissenschaftliche Entwicklung zu leiten.

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die Literatur und Wissenschaft im Laufe der letzten Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen bedeutende Fortschritte gemacht, vielem Gesichtskreise Kraft hat und einige originelle Talente erstehen ließ. Der Aufschwung des geistigen Lebens der Ruthenen auf dem Gebiete der Wissenschaft ist neben den ruthenischen Lehrkanzeln an den Universitäten in Lemberg und Czernowitz die im Jahre 1873 in Lemberg gegründete und im Jahre 1918 auch in Krakau errichtete wissenschaftliche Szewczenko-Gesellschaft.

Diese Gesellschaft gibt in ihren Publikationen und Berichten eine erschöpfende Bilanz dessen, worüber die ruthenische Wissenschaft heute verfügt. In ihr konzentriert sich nämlich alles, weil sie - nach dem Muster der Akademien der Wissenschaften in wissenschaftlichen Sektionen gestellt - mit ihren einzelnen Ausschüssen alle Ruthenen, die - sei es in Oesterreich, sei es im Auslande und speziell in Russland - auf ir-

./.

sind einem Gebiete wissenschaftlich tätig sind, zu ihren Mitgliedern berufen hat.

Außer den im Mitgliederverzeichnis der Szewczenko-Gesellschaft angeführten und noch einigen wenigen Personen, die teils aus persönlichen, teils aus politischen Rücksichten nicht zu Mitgliedern der Gesellschaft berufen wurden (Professor Kazimierski Wilkowicz, Dozent Dobrzanzky) kann von ruthenischen Gelehrten, d.i. solchen die ruthenisch schreiben und sich zur ruthenischen Nation bekennen, überhaupt keine Rede sein; man müßte wenn auch eine ganz minderwertige oder angefeindete Schriftsteller, wie die Verfasser der kleinen unbedeutenden Abhandlungen, die einen großen Teil der Publikationen der Széwczenko-Gesellschaft ausfüllen, mit diesem Namen bezeichnen wollen.

Der in der Zeitschrift „Ukrainische Revue" vom Jahre 1903 Seite 128 - 130 enthaltene Verzeichnis ruthenischer Gelehrter, in welchem 31 Gelehrte aufgezählt waren, von denen 22 an russischen Universitätsinstituten, also vollkommen phantastisch diese Gelehrten haben niemals etwas in ruthenischer sondern immer nur in russischer Sprache geschrieben, galten allenthalben als russische Gelehrte und nur einige wenige unter ihnen bekennen sich zur ruthenischen oder richtiger ukrainischen Universität und befassen sich mit der Geschichte und den Angelegenheiten Kleinrusslands.

Die Szewczenko-Gesellschaft vermochte von den in Russland wirkenden Gelehrten bisher nur 9 als aktive Mitglieder zu gewinnen, von denen nur drei akademische Lehrämter bekleideten resp. bekleiden: der pensionierte Professor der Universität in Kiew, Viktorin Antonowicz, der Orientalisten Agatangel Krymskij in Moskau und der Universitätsdocent der Anthropologie Theodor Wowk in Petersburg.

. . .

Der Obmann der Szewczenko-Gesellschaft Professor Michael Hruszewski in Lemberg berichtet übrigens selbst in seinem im Jännerheft 1907 (Seite) der ruthenischen Zeitschrift „Literaturno Naukowyj Wistnik" erschienenen Artikel „ Die Angelegenheit der ukrainischen Lehrkanzeln an unsere wissenschaftlicher Bedürfnisse" die Professoren der kleinrussischen Universitäten d.i. Kiew, Charkow und Odessa, als „ zo m czuzi dla miscevogo zytia, faysleni z jakichos wielkorossyjskich uniwersytetiw" (dem lokalen Leben vollkommen fremd, von irgend welchen großrussischen Universitäten dahergeschickt").

Das erwähnte Verzeichnis in der „Ukrainischen Revue" mag vielleicht auf den Geburtsorten der namhaft gemachten Personen oder auf dem Klang ihrer Namen beruhen, Kriterien, die aber bekanntermaßen nirgends und am allerwenigsten in Südrussland als für die Nationalität entscheidend angesehen werden können.

Der Autor des Artikels in der „Ukrainischen Revue" findet die überwiegende Mehrzahl der ruthenischen Gelehrten überhaupt unter den Professoren der Universitäten in Kiew, Charkow und Odessa, also eben unter jenen, die Professor Hruszewski als „ vollkommen fremd" bezeichnet. Schließlich muß noch bemerkt werden, daß unter den in der Ukrainischen Revue aufgezählten „Gelehrten" auch solche angeführt sind, die diese Bezeichnung an und für sich nicht verdienen. Mit jenen wissenschaftlichen Kräften aus Oesterreich - Ungarn nun, die die Szewczenko -Gesellschaft in sich vereinigt (9 Professoren und Dozenten)höherer Unterrichtsanstalten, 3 Advokaten, drei Literaten, drei praktische Aerzte, ein Geistlicher und 14 Mittelschulprofessoren, von denen 8 nicht einmal akademische Grade besitzen) und mit jenen, die nicht Mitglieder dieser

./.

Gesellschaft sind, ist es natürlich unmöglich auch nur die Hälfte
ihrer militärischen Tätigkeiten (der juristischen und philoso-
phischen) zu nennen oder gar die mit Professor auf die
Prager Universität Berufenen, oder den
Nachfolger Lehrstuhl
bekleiden.

Es gibt aber Fälle, wo die Nationalität nicht nur
äußerlich manifestierte, sondern die ganze Tätigkeit, Inhalt
und Richtung, Wissenschaft, Weltanschauung und Lebensweise;
wie die spezielle Philosophie, die Methode und
Praxis der Naturwissenschaften haben einen Charakter.

Aber kommt noch, daß man in der Tschechoslowakei
an Hochschulen Universitäten der sogenannte virilen Katho-
lizismus Lehrstühle errichtet hat, die ausschließlich Professoren
dieser Richtung zufallen. Besonders die Professuren der
philosophischen Fakultät der tschechischen Universität in Prag,
insbesondere, wie es charakteristisch ist, die Stelle in der
philosophischen Fakultät der tschechischen Universität zu über-
nehmen, besonders Dominik Pecka bekleidet die Professur und
Rektorat, Professor an der tschechischen
Universität in Prag, kann es ebenso nennen, der ausschließlich
beruflich in der Tschechoslowakei tätig ist; die übrigen
tschechischen Professoren sind meistens über 60 J. alt in Gegen-
satz zu diesen, denen nur ohne jene Fächer, für
die in Lehrern eigens berufene Professoren ernannt sind
und können somit eigentlich nicht in Frage kommen.

Es sind dies die Professoren in alphabetischer : Frai-
Stecki ([illegible]) Kalivoda ([illegible]) Kalinowski ([illegible]
Seite analog Studziński) [illegible] Mikorica([illegible] Mrozowski

./.

[illegible] aber [illegible]

./.

Pflicht

andere

./.

./.

der Fakultät tätigen Professoren (ein Historiker und zwei Professoren für Geschichte der ruthenischen Literatur und ruthenische Sprache) gar keine anderen Fächer übernehmen könnten. Sollte es selbst gelingen, in Oesterreich oder Russland noch zwei oder drei Kandidaten zu finden, so müßten doch so wichtige Fächer, wie Philosophie, klassische Philologie, Mathematik und gewisse Zweige der Naturwissenschaften nichthabilitierten Supplenten anvertraut werden.

Es wäre dies somit eine vorwiegend aus Supplenten, also wissenschaftlich nicht genügend qualifizierten Kräften zusammengesetzte Universität, ein Unikum, der von vornherein eine bedeutende Drückung ihres wissenschaftlichen Niveaus verursachen müßte. Es würde dies zweifellos auf die weitere Entwicklung der Universität äußerst schädlich einwirken und für das Land fatale Folgen nach sich ziehen. Denn die unter der Leitung vorwiegend nicht entsprechender Kräfte herangebildete Jugend wäre auch für ihre künftigen Berufe nicht gehörig vorbereitet und könnte sich dann in diesen Berufen leicht in einer Weise bemerkbar machen, die für das ganze Land gleich empfindlich wie peinlich wäre.

Die Autoren der Denkschrift der Professoren haben zwar gefühlt, daß die Frage der wissenschaftlichen Qualifikation der Supplenten nicht unerwähnt bleiben kann, es ist aber charakteristisch, daß sie nicht die Notwendigkeit der Habilitation der Supplenten betonen, sondern sich auf die Bemerkung beschränken, es solle den Supplenten die Gelegenheit geboten werden, die venia legendi zu erlangen.

Es ist nicht zu zweifeln, daß diese Habilitationen im „ruthenischen Kollegium" sehr glatt vonstatten gehen. Dieses ganze Projekt der Verwirklichung der Idee der sofortigen Errichtung einer ruthenischen Universität als einer Supplenten-Universität - es ist wohl nicht ohne Grund geschehen, daß zwei

./.

ruthenische Professoren dieses Projekt nicht mitunterzeichnet haben - beweist aber, daß seine Autoren sich entweder über die Bedeutung des Universitätsstatutums und wahrer wissenschaftlicher Arbeit keine Rechenschaft geben wollten, oder aber, daß es ihnen bei der Formulierung ihres Postulates nicht um das Gedeihen der Wissenschaft, sondern um ganz andere und zwar um politische Ziele zu tun war. Zu dieser letzteren Annahme berechtigt übrigens auch die in dem Memorandum der Professoren mit Nachdruck betonte Anschauung, daß die künftige Universität ausschließlich in Lemberg errichtet werden müsse. Lemberg konnte nur durch 100 Jahre d.i. von der Mitte des XIII. bis zur Mitte des XIV. Jahrhunderts als ruthenische Stadt gelten und auch damals nicht als ausschließlich ruthenische ; eine Tradition, auf die sich diese Forderung stützen könnte, hat Lemberg also nicht; heute bildet die ruthenische Bevölkerung in dieser Stadt eine verschwindende Minorität. Die ruthenischen Politiker hoffen aber hier ein breites Feld und günstige Gelegenheit zu finden, um, mit der ruthenischen Universität gestützt, eine weitgreifende, auf die Ruthenisierung der Landeshauptstadt abzielende politische Aktion einzuleiten. Daß dies auf Kosten der ruhigen, wissenschaftlichen Arbeit gehen, lassen sie unbeachtet.

So wie oben festgestellt wurde, daß die Ruthenen derzeit noch nicht über die zur Errichtung einer eigenen Universität erforderlichen wissenschaftlichen Kräfte verfügen, ebenso muß konstatiert werden, daß jene Kräfte, welche heute bereits vorhanden sind, nicht die Eignung besitzen, eine Universität gehörig zu leiten und einer gedeihlichen Entwicklung zuzuführen.

Die geistige Bewegung unter den Ruthenen fehlt gegenwärtig noch hervorragenden und allgemein anerkannten Führern.

./.

Es sind dies Dr. Iwan Franko und der aus Kiew an die Lemberger Universität berufene Professor Michael Hruszewski. Beiden genannten Männern kommen höhere Begabung und Fleiß nicht abgesprochen werden; die ruthenische Literatur verdankt ihnen sehr viel, sie haben gut die Hälfte der Publikationen der Szewczenko-Gesellschaft durch ihre Arbeiten ausgefüllt und sind überdies die hauptsächlichen Leiter und Mitarbeiter derselben seit Beginn des laufenden Jahres in Wien erscheinenden wissenschaftlich-literarischen Zeitschrift „Wistnik". Leider aber fehlt leider jede wissenschaftliche Objektivität; sie propagieren nicht nur in zahlreichen politischen Artikeln die radikalsten Anschauungen, sondern verpflanzen dieselben auch in ihre wissenschaftlichen Arbeiten. Es ist dies allgemein bekannt und eine flüchtige Durchsicht sei es auch nur des „Wistnik" genügt, um sich hievon zu überzeugen.

Wir können in allgemeinen sagen, daß die junge ruthenische wissenschaftliche Literatur aber bisher nicht zu dem unbedingt notwendigen Hohe wissenschaftlicher Objektivität aufgestiegen vermocht und noch keine reifen Früchte gezeitigt hat. Es kommt dies daher, daß sie vor allem der Politik und in allererster Linie dem Kampfe dient, der innerhalb der ruthenischen Nation selbst ausgefochten wird und die Nation in zwei feindliche Lager und Parteien teilt. Und es sind nicht etwa bloß politische oder soziale Meinungsverschiedenheiten, die diese Parteien trennen, sondern es handelt sich in diesem Kampfe um die prinzipielle Frage der Existenz einer besonderen ruthenischen Nation überhaupt.

Während die eine Partei sich als einen Zweig des russischen Volkes und der ruthenischen Sprache als eine Volksmundart der russischen betrachtet, bemüht sich die andere, eine ruthenische Literatursprache zu schaffen, die sie in jüngster

./.

Zeit als die „ukrainische" bezeichnet und ergeht sich, wie ein-
gangs bereits erwähnt, in Träumen von der Schaffung eines gro-
ßen Reiches von der Weichsel bis jenseits des Don ; Professor
Hruszewski hat in seinem, in russischer Sprache erschienenen
Handbuche der Geschichte der Ukraine sogar sehr die Grenzen
dieses Reiches genau bezeichnet.

Ueberall wird in der ruthenischen Literatur ein
chauvinistischer Kampf gegen andere Nationen, die mit den Ruthe-
nen in Berührung stehen, in breiter Linie gegen die Polen ge-
führt. Die neue ruthenische Universität wurde unter der Lei-
tung und der Eingebung solcher Männer, wie Franko und Hruszews-
ki - und ihrer Beispiele folgen alle anderen - sofort zu einem
Brennpunkte des leidenschaftlichsten Kampfes : nach außen ge-
gen andere Nationen, im Inneren unter den Parteien, in die das
ruthenische Volk zerfallen ist ; nicht Wissenschaft sondern Po-
litik oder richtiger politischer Hader standen dort auf dem
ersten Plan.

Denn wenn dieser aufdringliche Chauvinismus und dieses
Bestreben der Propagierung von radikalen Ideen von oben von
den hervorragendsten ruthenischen Gelehrten ausgeht, wenn die-
se Gelehrten ebenso wie die anderen ruthenischen Professoren
und Dozenten der Lemberger Universität für die Exzesse der ru-
thenischen Jugend nicht ein Wort der Mißbilligung gefunden ha-
ben und sich mit der Bewegung deckten, wie hätten seinen Ein-
fluß auf diese Jugend, es unterliegt es keinem Zweifel, daß es
ihnen allen an den nicht eben tiefgehenden Gebrechen, welche
eine Gewähr dafür bieten würden, daß sie ihre Universität zum
Besten der Kultur und Wissenschaft zu leiten verstehen werden
und dies besonders angesichts der überhandnehmenden politischen
Betätigung der ruthenischen Jugend, deren Einflusse auch der
ältere, bisher ruhigere und besonnenere Teil der ruthenischen Ge-

./.

volkerung kaum mehr erfolgt.

Und die Leitung dieser Universität wird gerade die geistigsten und hervorragendsten Kräfte erfordern, weil eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die ganze Monarchie und vor allem einem [illegible] Zufluß von Lehrkräften aus Rußland entstehen könnte, von Kräften, für deren erziehliche Tätigkeit und politische und soziale Anschauungen bei der [illegible] in Rußland herrschenden Strömungen nicht [illegible] kommte. Ueberdies wird - darauf ist ja diese Universität im Sinne der „ukrainischen" Politiker offenbar berechnet - die ruthenische Jugend aus Podwolozisk dieser neuen und einzigen ruthenischen Universität in kürzester Zeit zuströmen, eine Jugend die zum großen Teile vom Hasse Kraft's, des Anführers des letzten Ueberfalles der ruthenischen Studenten auf die Lemberger Universität erfüllt, von dem radikalsten, der bestehenden sozialen Ordnung zuwiderlaufenden Ideen erfüllt ist und weil es auch an der Wahl der Mittel zur Verwirklichung ihrer politischen politischen Ziele [illegible] nicht, moralisch depraviert.

Die an der ruthenischen Universität wirkenden Lehrkräfte müssen ein Verständnis für diese Verhältnisse in ihren politischen und sozialen Anschauungen und besonders ruhig und abgeklärt, wissenschaftlich aber strengen allerersten Ranges sein, um eine solche Jugend mit Ehrfurcht für die Wissenschaft zu erfüllen und ihren Geist in rein [illegible] Bahnen akademischer Arbeit zu leiten.

Der k.k. Statthalter.

Z. 612. Lemberg, am 24 Februar 1908.

K. K. M i n i s t e r i u m !

Am 7 Dezember v.J. hat Seine Exzellenz der Herr Statthalter in einer Audienz dem Rektor und den Dekanen zwei Absätze und zwar Punkt 4 und 5 einer zwischen der Regierung und dem Ruthenenklub getroffenen Vereinbarung mitgeteilt. Gleichzeitig wurde der Senat eingeladen sich über die in Punkt 4.der erwähnten Vereinbarung behandelten sprachlichen Fragen zu äussern, sowie die Professorenkollegien zu veranlassen, zum Inhalte des 5 Punktes dieser Urkunde Stellung zu nehmen.

Der Senat hat in Folge dessen in der Sitzung vom 11 Dezember 1907 eine Kommission gewählt, der die vier Dekane unter Vorsitz des Rektors angehörten, und hat diese in mehreren Sitzungen die vorgelegten Fragen einer gründlichen Erörterung unterzogen.

Auf Grund ihrer Vorschläge hat der akademische Senat in der Sitzung vom 22 Februar 1908 beschlossen dem k.k.Ministerium folgenden Bericht zu unterbreiten :

Der akademische Senat glaubt im vollen Bewusstsein seiner grossen Verantwortung die vorgelegten Fragen ihrer Tragweite

wegen vom prinzipiellen Standpunkte in Erwägung ziehen zu müssen.

Die Universitäten können ihren hohen wissenschaftlichen und erzieherischen Aufgaben nur dann gerecht werden und sich als Stätten höchsten Kulturlebens betätigen und behaupten, wenn sie dem nationalen und politischen Parteihader entrückt bleiben und wenn ihnen jene ruhige geistige Entfaltung gewährt wird, ohne welche die Erreichung der der Wissenschaft entsprechenden ethischen Höhe und Würde fraglich werden muss.

In den letzten Jahren wurde leider der ruhige Gang der geistigen Arbeit an unserer Universität nur zu oft durch politische Kämpfe gestört. Ja, die Universität wurde, so wie sie sich in den letzten drei Dezennien entwickelt und herausgebildet hatte mit ihren verbrieften Rechten und hohen Pflichten, geradezu zum vornehmsten Angriffsobjekte und Zielpunkte politischer Aspirationen, die darauf ausgehen die Grundlage des gesetzlich festgelegten Zustandes und des polnischen Besitzstandes zu untergraben.

Dieser Zustand ist nicht nur durch die Allerhöchste Entschliessung vom 27 April 1879 festgestellt und durch spätere Verordnungen ausgestaltet, sondern er ist auch das notwendige Ergebnis der kulturellen Arbeit und Stellung, des wissenschaftlichen Verdienstes und intensiven Schaffens der an dieser Universität seit lange wirkenden Kräfte, sowie die logische Konsequenz des Bedürfnisses der weitaus überwiegenden Anzahl der Studierenden polnischer Nationalität ; er fusst somit sowohl auf rechtlich unverrückbaren als auch auf natürlichen, in den bestehenden Verhältnissen tief begründeten Voraussetzungen.

Diese Grundlage des rechtlichen Zustandes wurde etwa seit

1901 durch die immer wachsende nationale Bewegung der Ruthenen angefochten,und es traten vom Semester zu Semester immer neue Forderungen hervor,welche geeignet waren die bestehende Basis ins Wanken zu bringen.

Insbesondere bestrebte man sich ruthenischerseits die Geltung der polnischen Sprache als der alleinigen Amtssprache der akademischen Behörden zu erschüttern,Bestrebungen, deren gesetzliche Grundlosigkeit in den Erkenntnissen des k.k.Reichsgerichtes vom 22 April 1904 zur Evidenz nachgewiesen wurde.

Die polnische Sprache ist somit die ausschliessliche Amtssprache für den inneren Dienst,demnach auch für die der Leitung und der Disziplin der akademischen Behörden unterstellten Universitätshörer.

Nichtsdesto-weniger wurden den Ruthenen Begünstigungen zu Teil,die jedenfalls von weitgehender Toleranz zeugen,einer Toleranz,welche,bis zu einem solchen Grade - wir glauben dies ausdrücklich betonen zu dürfen - anderssprachigen Aspirationen gegenüber,an keiner anderen österreichischen Universität geübt wurde. Unsere akademischen Behörden waren stets bestrebt die Münsche der ruthenischen Studentenschaft so weit dies im Rahmen des rechtlichen Zustandes nur irgend möglich war,zu berücksichtigen. Diesbezüglich genügt der Hinweis auf die vom akademischen Senate am 27 Jänner 1902 beschlossenen,mit Erlass des Unterrichtsministeriums vom 20 März 1902 zur Kenntnis genommenen Normen.

Und dennoch werden immer noch neue Forderungen vorgebracht so,dass nicht abzusehen ist,wann endlich Ruhe eintreten soll, nach der die Universität sich seit Jahren sehnt.Hat doch die

ruthenische Studentenschaft neuerdings in einer in Anwesenheit des Rektors abgehaltenen Versammlung erklärt,dass sie durch die seitens der Regierung in dem Uebereinkommen mit dem Ruthenenklub in Aussicht gestellten Konzessionen nie und nimmer zufrieden gestellt werden kann ; ein Beweis,wie sehr die rechtliche Basis,auf der die Universität sich seit 1879 stützt,angefochten wird.Ueberhaupt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren,dass gerade die geübte Nachsicht und Nachgiebigkeit eine noch agressivere Stimmung hervorzurufen scheint.

Unter den ruthenischen Forderungen muss man auseinanderhalten diejenigen,welche im Interesse der Entwickelung der ruthenischen Wissenschaft liegen, und solche,die ausschliesslich politischen Motiven entspringen und darauf hinzielen, die Amtssprache und damit den polnischen Charakter der Universität anzugreifen und zu untergraben.

Was erstere betrifft,so muss mit allem Nachdruck hervorgehoben werden,dass die organische Entwickelung der ruthenischen Wissenschaft seitens der akademischen Behörden unserer Universität nie gehindert wurde,dass geeigneten Kandidaten zur Habilitierung der Weg offen stand und steht,und dass endlich ihre Beanlangung stets mit der grössten Objektivität geprüft wird.

Mit den wissenschaftlichen Bedürfnissen der Ruthenen wird immer gerechnet,und diese werden insoferne sie objektive Berechtigung haben,stets berücksichtigt und befürwortet.Jungen Gelehrten ruthenischer Nationalität ist Gelegenheit geboten die k.k.Regierung um Stipendien zu ersuchen und auf diese Art kann ihnen die Erlangung einer Lehrkanzel ermög-

licht werden. Bis jetzt war aber der Zuwachs geeigneter Kandidaten recht spärlich.

Dies kommt auch stillschweigend in den letzten Vorschlägen zum Ausdruck, welche in dem Uebereinkommen der k.k.Regierung mit dem Ruthenenklub enthalten sind.

Es wird eine Lehrkanzel für Chemie mit ruthenischer Vortragssprache und die Errichtung eines eigenen Instituts angestrebt offenbar nur aus dem Grunde, weil gerade für dieses Fach eine wissenschaftliche, bereits ältere, auswärts länger wirkende Kraft empfohlen werden konnte. Dabei muss auf die sehr geringe Anzahl ruthenischer Studenten, die sich der Chemie widmen, noch besonders hingewiesen werden. Diese Anzahl beträgt a c h t ordentliche und ausserordentliche Hörer der Chemie und e i n ausserordentlicher Hörer der Pharmacie. Die Kreirung dieser Lehrkanzel ist somit durchaus kein dringendes Bedürfnis der ruthenischen Studentenschaft, sondern ein Ergebnis politischer, ausserhalb der Universität liegender Forderungen. Die Kreirung dieser Lehrkanzel und besonders der Bau und die Ausstattung eines chemischen Instituts zieht selbstverständlich sehr bedeutende Kosten nach sich und lässt die Befürchtung als begründet erscheinen, dass durch diese Auslagen andere gerechtfertigte und dringende Bedürfnisse der Universität zurückgestellt oder lange unberücksichtigt bleiben werden.

Es darf somit nicht verhehlt werden, dass durch das Eingreifen politischer Momente die innere organische Entwickelung der Universität leiden könnte. Mit dem wissenschaftlichen Aufschwunge der Universität wächst intensiver das Bedürfnis neuer Lehrkanzeln vor allem für diejenigen Fächer,

d i e h i e r g a r n i c h t v e r t r e t e n
s i n d, z.B. es fehlt an der philosophischen Fakultät eine Lehrkanzel für alte sowie orientalische Geschichte, für vergleichende Grammatik, für Ethnologie, für die englische Sprache u. Literatur, für russische Sprache und Literatur, für vergleichende Literaturgeschichte, Soziologie, Anthropologie, Biologie, zweite und dritte Lehrkanzel für Mathematik, ord. Lehrkanzel für vergleichende Anatomie, zweite ord. Lehrkanzel für Botanik, ord. Lehrkanzel für physikalische Chemie, für Paläontologie, Meteorologie, Geodynamik, Astronomie, und ein astronomisches Observatorium, eine Lehrkanzel für Musikgeschichte.

An der m e d i z i n i s c h e n Fakultät wären erwünscht eine Lehrkanzel für die Geschichte der Medizin, für theoretische Chirurgie, Ortopädie, Pharmakognosie, ein Institut für Infektionskrakheiten, ein administratives Gebäude für medizinische Institute, Erwünscht wäre auch eine Erhöhung der Dotation für Experimental-institute.

An der j u r i d i s c h e n Fakultät fehlen eine zweite ord. Lehrkanzel für österreichisches Privatrecht mit polnischer Vortragssprache und eine ordentliche Lehrkanzel für Handels- und Wechselrecht.

An der t h e o l o g i s c h e n Fakultät wären erwünscht : eine Lehraknzel für christliche Philosophie, eine zweite Lehrkanzel für spezielle Dogmatik, eine zweite Lehrkanzel für Kirchengeschichte, eine zweite Lehrkanzel für Moraltheologie, ein wissenschaftliches Seminar für biblisches Studium des Alt-Testamentes. -

Auch darf noch zum Schluss das Bedürfnis eines neuen Kollegienhauses in Erinnerung gebracht werden.

In allen diesen Fällen würde es sich um die Befriedigung der durch organische Entwickelung der Hochschule begründe-

ten Anforderungen, um Erfüllung längst gehegter Wünsche, mit einem Wort, um eine rein wissenschaftliche Kräftigung und Förderung der Universität handeln.

Wird also prinzipiell gegen die Kreirung neuer Lehrkanzeln mit ruthenischer Vortragssprache kein Einwand erhoben, insofern dieselben einem wissenschaftlichen Bedürfnisse unserer Universität entsprechen und nicht lediglich aus politischen Gründen angestrebt werden, - so muss doch darauf Gewicht gelegt werden, dass die Autonomie der Fakultäten nicht nur rücksichtlich der Personen, sondern auch hinsichtlich der Notwendigkeit der Lehrkanzeln gewahrt bleibe.

Eine andere Bewandnis hat es mit den viel häufigeren Forderungen, die den polnischen Charakter der Universität anfechten, wie er in der Allerhöchsten Entschliessung vom 27 April 1879 begründet ist.

Von ruthenischer Seite wird versucht, diesen Charakter, der in der Amts- und Geschäftssprache zum Ausdruck kommt, von vornherein zu läugnen und zwar durch die unbegründete, unhaltbare Behauptung, die Universität sei utraquistisch, und dies sowohl mit Rücksicht auf die Vortragssprache, als auch auf die Amtssprache. Diese politischen Forderungen, welche gegen die Amtssprache gerichtet sind, geben zu ernsten Befürchtungen Anlass.

Dem gegenüber kann nun darauf hingewiesen werden, dass sowohl die k.k. Regierung als auch der Ruthenenklub in dem erwähnten Uebereinkommen ganz ausdrücklich auf die Allerhöchste Entschliessung vom 27 April 1879 Bezug nehmen, worin die Gewähr liegt, dass es sich in diesem Falle nicht um Tangirung des polnischen Charakters der Universität oder gar um eine prinzipielle Schädigung und Verkürzung der polnischen Amts-

spruche handeln könne,dass vielmehr die in der Denkschrift der polnischen Professoren und Dozenten vom 2 März 1907 dargestellte Organisation der Lemberger polnischen Universität aufrecht erhalten bleibt.

Der Senat kann und darf auch nichts beschliessen,was prinzipiell mit der durch eine Deputation Sr.Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten und S.Exzellenz dem Herrn Minister für Kultus und Unterricht übergebenen Denkschrift unvereinbar wäre, zumal die darin erwähnte Organisation von autoritativster Seite als „den bestehenden Gesetzen und Vorschriften vollkommen konform und daher zu Recht bestehend "anerkannt wurde.

Der Charakter des Uebereinkommens deutet auch darauf hin, dass die k.k.Regierung den Zweck verfolgt,durch die Zugeständnisse die Ruhe an unserer Hochschule zu sichern.

Der Senat ist bestrebt die Gesetze und Vorschriften mit der grössten Konnivenz zu interpretieren und glaubt die in Aussicht genommenen Zugeständnisse,zumal dieselben einen provisorischen Charakter haben sollen und im eigenen Wirkungskreise des Senates erfolgen,noch im Rahmen des bestehenden Rechtszustandes machen zu können.

Nur in der Voraussetzung,dass das den Ruthenen bewiesene Entgegenkommen die massgebenden ruthenischen Kreise veranlassen wird,dafür zu sorgen,dass weitere,der polnischen Amtssprache abträgliche Forderungen nicht gestellt werden,sowie in der sicheren ErWArtung,dass die k.k.Regierung eventuelle weitere Anfeindungen des polnischen Charakters unserer Universität wirksam abzuwehren nicht anstehen wird,hat der akademische Senat sich entschlossen,seine Zustimmung zu den von der k.k.Regierung mit dem Ruthenenklub vereinbarten Abmachungen in nachstehender Weise zu erklären :

1).Nachdem die Immatrikulation inzwischen zufolge Senats-Beschlusses vom 30 Dezember 1907 bis auf Weiteres suspendirt wurde, so entfällt eine neuerliche diesbezügliche Beschlussfassung.

2).Hinsichtlich der Forderung,die Eintragungen in den Inskriptionsbögen ausser in polnischer auch in ruthenischer Sprache zuzulassen,verweist der Senat auf die seit einiger Zeit bereits geübte Praxis,welche darin besteht,dass in den polnisch gedruckten Rubriken neben der an erster Stelle vorzunehmenden polnischen Eintragung,die als Grundlage der Amtsführung gilt und gelten muss,der Verwendung der ruthenischen Sprache keine Schwierigkeit entgegengestellt wird. Dies betrifft die Generalien,die in den Rubriken 1 - 7 eingetragen werden,wobei jedoch die Priorität der Eintragung in der Amtssprache gewahrt und jedwede Umgehung der Amtssprache ausgeschlossen werden müsste. Die Titel der Vorlesungen und die Namen der Dozenten werden in d e r j e n i g e n Sprache eingetragen,in d e r sie in dem Lektionskatolog angeführt sind.

3).Die von der k.k.Regierung angeregte Zulassung der Einvernahme von Angeschuldigten und Zeugen in ruthenischer Sprache im Disziplinarverfahren könnte nur in einer Form erfolgen,durch welche auch die Rechte der Amtssprache gewahrt werden.Vorladung und Erkenntnis müssen ausschliesslich in der Amtssprache ausgestellt werden. Es kann sich also nur um die Aussage der Beschuldigten und der Zeugen handeln und nur darauf bezieht sich auch die Anregung der k.k.Regierung.Die k.k.Regierung will dadurch offenbar der mündlichen Aussage in der Muttersprache die grösstmögliche Freiheit gewähren.

Der akademische Senat will den humanitären Grundzug die-

ser Forderung nicht verkennen. Aus der Zulassung ruthenischer Aussagen ergiebt sich die Notwendigkeit schriftlicher Aufnahme derselben; aus den Rechten der Amtssprache aber ergiebt sich die Notwendigkeit, dass das Protokoll nur in dieser Sprache abgefasst und die Aufzeichnung der ruthenischen Aussagen dem Protokolle beigeschlossen werde. Das Protokoll müsste sonach den polnischen Text der ruthenischen Aussage enthalten und der Einvernommene hätte die Wahl entweder den polnischen Text oder die beigeschlossene Aussage zu unterschreiben.

Dem die Untersuchung führenden Senatsmitgliede müsste ein der ruthenischen Sprache mächtiger Professor oder Dozent beigezogen werden.

4) .Was schliesslich die Errichtung neuer Lehrkanzeln mit ruthenischer Vortragssprache anbelangt, so muss hier noch einmal hervorgehoben werden, dass nach dem Ministerial-Erlass vom 5 April 1882 die polnische Sprache als die normale Vortragssprache anzusehen ist. Lehrkanzeln mit ruthenischer Vortragssprache entstanden bisher in der Weise, dass sich nach und nach Habilitationsbewerber fanden, die ruthenisch vortragen wollten, und mit der Zeit die Eignung zur Professur erwarben, oder dass es sich um Fächer handelte, deren praktische Anwendung die Kenntnis der ruthenischen Sprache erforderte. Alle ruthenischen Lehrkanzeln beruhen auf diesen beiden Grundlagen, die sich als die richtigen erwiesen haben ; sie vertreten ausnahmslos Disziplinen, deren Natur die Anwendung der ruthenischen Sprache erforderlich macht (:so die philologisch-literarischen und historischen Fächer :) oder deren praktische Anwendung (:z.B. des österreichischen Rechtes und mehrerer theologischen Disziplinen:) die Kenntnis ruthenischer Terminologie erwünscht erscheinen lässt.

Die nunmehr in Aussicht genommenen Lehrkanzeln haben einen anderen Charakter.

Ohne in dieser Frage den Professoren-Kollegien vorgreifen zu wollen muss der akademische Senat folgende Erwägungen unterbreiten :

Bei der Kreirung und Besetzung neuer Lehrkanzeln müsste in Rücksicht auf die Würdigung und Prüfung der wissenschaftlichen Befähigung der Kandidaten, die Autonomie der Fakultäten strengstens gewahrt bleiben.

Der Senat hält es ferner für seine Pflicht seiner festen Zuversicht Ausdruck geben zu müssen, dass der Ministerialerlass vom 5 April 1882 seinem vollen Inhalte nach aufrecht erhalten bleibe und dass das dort normirte Verhältnis in keinem Falle zu Ungunsten der polnischen Sprache verschoben werde.

Auch müsste bei Ernennungen von Professoren mit ruthenischer Vortragssprache mit Nachdruck betont werden, dass, im Sinne der Allerhöchsten Entschliessung vom 27 April 1879, jeder an der Lemberger Universität wirkende akademische Lehrer der polnischen Sprache mächtig sein muss, um an den Beratungen der akademischen Behörden teilnehmen und in der Amtssprache mit ihnen verkehren zu können. Dies wurde durch einen besonderen Erlass des Unterrichtsministeriums vom 16 Mai 1902 von neuem bestätigt, und die zu ernennenden Professoren müssten die in dieser Beziehung geltenden Normen genau kennen und anerkennen, um jedwedem Missverständnis von vorne herein vorzubeugen. -

Zum Schluss möge es gestattet sein darauf hinzuweisen, dass wenn es sich um die Herstellung der den wissenschaftlichen Aufgaben der Universität so erwünschten dauernden Ruhe und Ordnung handelt, nicht nur die Wünsche und Bestrebungen der

Ruthenen, sondern auch die Stimmung der viel zahlreicheren polnischen Studentenschaft volle Beachtung erheischt. Der Senat sowohl, als auch die polnischen Professoren und Dozenten haben es sich angelegen sein lassen, auf die Haltung der polnischen Studenten beruhigend einzuwirken. Wenn aber die gegen den polnischen Charakter der Universität gerichteten Bestrebungen der Ruthenen fortdauern sollten, so ist die Befürchtung nicht zu unterdrücken, dass etwaige weitere Zugeständnisse zu tumultuarischen Protesten seitens der polnischen Jugend führen könnten, umso mehr als die öffentliche Meinung aller nationalen polnischen Parteien mit Spannung und Unruhe den Verlauf der Universitätsfrage verfolgt.

Der akademische Senat glaubt seiner nach reifer Ueberlegung gewonnen Ueberzeugung dahin Ausdruck geben zu müssen, dass die Zugeständnisse, zu welchen er sich nicht ohne ernste Bedenken veranlasst sah, als die äusserste Grenze dessen angesehen werden müssen, was überhaupt u n b e s c h a d e t der Allerhöchsten Entschliessung vom 27 April 1879 geschehen könnte.

Der akademische Senat drückt daher seine volle Zuversicht aus, dass die k.k.Regierung an dieser grundlegenden Entschliessung festhalten und die darin gewährten Rechte schützen und in Kraft erhalten werde, ebenso, wie in analogen Fällen der Rechtszustand deutscher Universitäten geschützt und erhalten zu werden pflegt.

Vom akademischen Senate
der k.k.Universität Lemberg.

Es wurde früher das an der Lemberger Universität bestehende, für drei Lehrkanzeln der Chemie bestimmte chemische Institut um Unterbringung der dritten Lehrkanzel mit ruthenischer Vortragssprache erweitert und zugleich auch den beiden drei ersteren Lehrkanzeln fühlbar gewordenen Raummangel abgeholfen werden. Die Kosten eines solchen Umbaues berechnete vorläufig approximativ berechnet werden und würden sich gewiss auf mehrere Hunderttausend Kronen belaufen. Würden sich daher Se. mit dem vom akademischen Senate gestellten Antrage auf Errichtung einer Lehrkanzel für Telegraphie nicht begnügen und die Berufung des Professors Horbaczewski weiter in Aussicht nehmen,

so müsste dies dem Professorencollegium bedeutet und zugleich eröffnet werden, dass es einen solchen Umbau bezüglungsweise Zubau des bestehenden chemischen Institutes ins Auge fassen, dass in demselben sowohl die neu zu errichtende dritte Lehrkanzel als auch die beiden anderen Lehrkanzeln eine den heutigen Anforderungen der Wissenschaft und der Zahl der studierenden Jugend entsprechende Unterbringung finden würden.

ad 2)

Gazeta Lwowska № 287, z 15/12. 1908.

W niedzielę dnia 13. grudnia 1908 o godzinie 11. przedpołudniem pojawiła się w J. C. K. Namiestnictwie delegacya Senatu akademickiego Uniwersytetu lwowskiego, złożona z rektora, dra Antoniego Mayra i jednego z asystentów uczelni. Rektor przemówił w te słowa:

"Ekscelencyo!

Wobec wprowadzonego obowiązku godnego zajęcia w murach Uniwersytetu, stajemy przed Waszą Ekscelencyą i wyrażamy wraz jednomyślnej uchwały Senatu akademickiego obowiązek i poszanowanie należnego tamtego.

Oto była mowa przedniejsza, zajęcie to zostało wywołane przez szereg niedawnych wypadków w innych Uniwersytetach monarchyi, niezgodnych podniecone i obelżywej dziennikarskiemi wiadomościami. Zajście to tym smutniejsze, że się opiera na bezdennych przypuszczeniach, jakoby Ekscelencya wbrew uchwałom i postanowieniom autonomii Uniwersytetu otworzenie kazała prelekcji w miniaturowe przeprowadzić, chociaż nam wiadomo, jak dalece Ekscelencya jako były profesor i obecnie jako namiestnik, autonomii naszego Uniwersytetu dbałe i rozwój jego wielkimi ideami skutecznie popiera.

Senat akademicki jako najwyższa władza uniwersytecka przez nasze usta jak najuroczyściej przesyła Waszej Ekscelencyi, i wnosi prośbę, aby Ekscelencya, [illegible]

odnosiło się najżywszej do młodzieży, przeto wyrozumiałe
oremije mporzadzony, czyn, gdyż wedługa nowego przekonania
bardzo powolna czasie młodzieży, z tym powiązaniem
się nie solidaryzuje". Na te przemowę p. Namiestnik
odpowiedział:
„Dziękuje Magnificencyi za mowę, mnie powiedzianą
do mnie jako namiestnika cesarskiego wpłynęła tak przy-
krej, dziękuje też za to, że na tym Uniwersytecie wpro-
wadzi wezwę, która do demonstracyi wyzwała
mnie dać pokój i mnie ją tłumaczyć. Obejmuję ze
mój urząd, zdawałem sobie jasno sprawę z położenia, byłem
przygotowany na różne i niższe przejścia. Za dzień też
zamnie przekonani, że najściśle wezwanie nie wyprowadziło
mnie na chwilę ze spokoju, że zdrogi wytkniętej mnie
nie zboczy. Obowiązek i wezwa mi te kraju nakazuje
mi dążyć wszelkimi siłami do złagodzenia narodowych
przeciwieństw, dowiedzenie pod długoletnie nauczyła
mnie, że tym pel na drodze porozumienia obu stron, nie
pod na drodze jednostronnej akcyi, da się osiągnąć.
Tym jako namiestnik kiedy tam się i kiedyś.
Zdziwia też nikogo, kto by tak wezwę, jak ja przestrzegał
chwiał autonomii Uniwersytetów. Ale ta autonomia, to jest
wyraz legalnej reprezentacyi Uniwersytetu, Kolegiów pro-
fesorskich i senatu. Z tą legalną wolą Uniwersytetu mogę
i będę zawsze się liczył.
Pragnę gorąco, aby zmiłuje pojęcia, do którego czasie
młodzieży uniwersyteckiej na podstawie będących
postanowień dała się porwać, nie odbiło się młodzień-

na pamiątkę Uniwersytecie, na pamiątkę i przyszłości
Almae matris, do której grona jako profesor honorowy
mam zaszczyt się liczyć."

Ks. Ignacy Fijałek
(autograf)

Z nia 22. maja 1910 r. odbył się zjazd stronnictwa narodowo-demokratycznego, na którym omawiano stosunki krajowe. W obszernej dyskusyi nibyo-lono następujące uchwały: Zjazd stronnictwa narodowo-demokratycznego uważa konieczność głośnego protestu i pracy stronnictwa w ostatniej sprawie krajowego, który dla zachowania praw sprzeciwia się wszelkim próbom pogwałcenia najżywotniejszych interesów narodowych naszych wszędzie tam partyi ubezwłasnowolnionej, opierając się równocześnie na zgromadzeniach, które dostępne na podstawie istniejących lub znoszonych swobody, demonstracyjnie zajęte publicznie zostaną.

(Słowo Polskie z 23. maja 1910 r. N. 234 str. 1-2).

W numerze Słowa Polskiego z 578 z 11. grudnia 1908 r. na stronicy 2 giej w telegramie p. t. „Słowo Polskie" prasa Galicyjska przedstawiając wiadomości Galicyi w budżecie państwowym na r. 1909 wspomniała, że od 1. października 1909 utworzonych będzie na Uniwersytecie lwowskim kilka katedr, między innemi dla nadzwyczajnie profesury wschodnio-ruskie stworzone lub przeprowadzone na stronę uniwersytetu. —

W numerze Słowa Polskiego z 16. grudnia 1908 N. 586 na stronicy 3 ciej p. t. „Słowo Polskie" zwraca się następującej telegram z Wiednia: Wczoraj odbyło się posiedzenie Koła Polskiego, które przeszło posiedzenia zabrał głos prezes Głąbiński; na zwołanem posiedzeniu wskazał sprzeciwstawieniu Jaworskiego Kolegom wskazał Galicyi w zwyczajnym, nadzwyczajnym wa-

w swym Dniu budżecie państwowym na rok 1909. stwierdziłem wówczas, że w budżecie ministerstwa oświaty znalazłem dwie pozycje na 2 nadzwyczajne katedry uniwersyteckie we Lwowie. Stwierdziłem z przykrością odmienne zapatrywanie Exzelencji Pana Ministra o zaniechaniu utworzenia tych 2 pozycji w budżecie i postawienie nas przed faktem dokonanym. – Pobór zamierzonych Jaworowych Katedr, postarałem się o jej zbadanie i stwierdziłem, że obie te pozycje budżetowe wstawione w budżecie wskutek zarządzenia b. ministra oświaty hr. Clary z dn. 23. października br. oraz b. prezydenta gabinetu hr. Becka z d. 4. listopada br. mają na celu zapewnienie katedry na wypadek, jeśli powołane do tego grona profesorów Wydziału prawniczego i filozoficznego Uniwersytetu lwowskiego przedstawicieli nauki o finansowaniu profesorami nadzwyczajnymi do przyszłego roku szkolnego dwóch mianowanych już docentów nauk dla prawników rzymskiej i geografii. –

Tymczasowy prezydent Gabinetu hr. Bienerth oświadczył, że on te 2 pozycje zamierza w tym samym duchu, w jakim przedstawiają prawa autonomiczne Uniwersytetu, i że mianowanie tych 2 profesorów nie może nastąpić bez wiedzy Wydziału ze strony Uniwersytetu. Nie ma wątpliwości wszakże, że gdy ci dwaj docenci odbędą przepisaną habilitację, będą zaproponowani na nadzwyczajnych profesorów przez grono profesorów. Cyfry budżetu na tylko pozostałą nieruchomość dla nauki i nie zmieniają wcale dla prawników nadzwyczajnego stanu rzeczy.

II

Zamawiają uwagę, że władze uniwersyteckie
na Rusi nie widzą żadnych przeszkód
ujęte powyżej. Do mianowania profesorami
wybitnie interesujących pewnych z dzisiejszych
osobistych, gdyż do tego należy nie tylko
Rada Polska w tym duchu jeszcze od roku
zostaje się porozumieniu do zachowaniu
całej kompetencji autonomicznej władzy
uniwersyteckiej. —

Mamy nadzieję, że wyjaśnienia te przyczynią
się do uspokojenia opinii publicznej i zarządu
że stąd bar. Becka zaczęłaby z rządu starań
poinformowania Rządu Polskiego o zaszłości
wszczęcia tej drugiej pozycji z bieżących pań-
wowy. Wobec pogłoski gotowych wyjechać
jakie z powodu tej sprawy, wydarzyły się
w Lwowie ze Lwowie, mianowicie pre-
zydium Komisji parlamentarnej Koła
Polskiego, zwróciło się we wskazanie, że
uważa wskazaną obecnie pojawienie
tej sprawy, powiadamia się do gabinetowej
wizyty, pracuje uczciwie Rząd Krajowi a bie-
żącej nadziei Koledze i Polakom, któ-
rego przede wszystkim należy się po-
pierać wielkiej wytrwałości. Jednocześnie o
tych czynach z tym wiąże się, że po-
wstania się zarząd wskazanej pobudki, która
ponowna tej sprawy wskazanej się trudności ob-
wiązku wszystkich wskazanej, nie zawiera się potępie-
nias nigdy potwierdzenia wskazanej Krzewskiej wy-
wiązanej i wskazanie zawiera dowody, że
wiemy, że wskazanie gwałtownych
pozostałych wskazanej i wszystkich wskazanych
Austrii, pustych, które nie czerpią z gos-
podarki i wysokiego postawienia wskaza-
wiązanej wskazanej i, spowodującej się za
wobec obywateli Kraju.

Zarządzenie nasze wskazanej wskazanej,
a jej wzięcie i powinne zadowolenie przyczyni
się niemało do utrzymania naszego stan-
owiska narodowego. Żal nam, że teraz to
korzystne wrażenie ostatnie wypadki zatar-

Koło Polskie z niedowierzaniem jest, że spo-
sobem wskaże nam otrzymać prawo i zadośćuczy-
nienie. Pomimo to wszystkich, obowiązek
swój spełnił i z całą stanowczością i energią
chce bronić bezpieczeństwa swobodnego cha-
rakteru uniwersytetu lwowskiego. Ma
prawo żądać aby z tych Fundacji warunki
zawarte wspomnienie i skutkiem się że
wskazanej polska, za przyjęciu myślą się
nie będzie mógł wskazania ciężkiego obo-
wiązku.

Gorąco apelujemy do naszej wskazanej,
aby stanowisko nad sprawami narodowymi
powstania naszym losem i naszej repre-
zentacji w tym powietrze. Bezkarność i

jednocześnie wykroczeń uchylenie i innych ustaw może nadać podstawy ustawy uchylenia do powstania występków. Nie wątpiło co części uchylenia innych ustaw może uchylić i ustawa uchylenia o ustawie karnej, że i inne ustawy wykroczeń innej jednostki ustawy karnej [illegible] i wyrozumiałości, jak wykroczenia uchylenia innych ustaw. Uchylenia ustawy a [illegible] się z ustawy innej ustawy obyczajowej, pisarskiej do innej reprezentacji.

Lwów, 1/9/1913

Dr Ludwik Ehrlich

„Dilo" z 1 lipca 1910. N. 144.

Artykuł „Kacet i tłuszcz" (~~Odpowiedź~~, sprostowanie)

„Polscy potentaci są tak ślepi, że nie rozumieją ich wcale nawet tragiczna śmierć Andrzeja Potockiego. i D. Dobrzyńscy wraz jemu podobni starają się penalizować ostatnie wystąpienia naszej reprezentacyi celem zdobycia zdecydowania naszej ~~reprezentacyi~~ narodowej i Ruskiej." ..... „Nasza ukraińska młodzież akademicka z dwóch najświetniejszych przymiotów cechuje się dziś z uniwersyteckim gmachu – nie wiedząc, że nie dostała od rektoratu zezwolenia na odbycie wieców – celem czasu. Nie wie się, co robić dalej. A w tej chwili jakby z ziemi wyrosła „ochrona bojówka" i porwała budowniczy bezwzględu, aby zamknąć naszej młodzieży wejście z uniwersytetu. A gdy ~~ochrona się~~ nasza młodzież wystąpiła przeciw temu, z groźna rezolucyalnej bojówki posypały się straty, których rektoratem; jeden trup i kilkanaście rannych. Skutkiem „bojówki" zjawiła się na uniwersytecie policya i zerwała moje wystąpienie, wrócone – rozumie się – nie przeciw polskiem rozbójnikom bez praw: naszej młodzieży. ... Polska młodzież zorganizowała się, aby wystąpić przeciw rozkazom młodzieży ruskiej. Stało się to z porozumieniu z rektoratem. Nie pisali nam ale iść dalej za stanowiskiem ci z kasi wspólnie dzwono zwołały."

„Narodne Słowo" z 2 lipca 1900. V. 383.

podaje fotografję Kochi i następujący nekrolog -

„W pamiętnikach starszych ludzi narodu naszego czytać się będzie
zapisane ze łzami wdzięczności życiorysy tych, którzy całe swoje życie
co chwilę swoje życie na ołtarzu narodu ofiarowali i ludu. W tej
najmniejszej liście, gdzie nie ma się innej nadziei się nam
przed, nazwisko nie najmniejsze prawo świata tutaj zmarłych
obowiązków, nazwisk zgubicieli a on sam zapisał swoją na zawsze
tej listy swoje prawo do niej. Pomnik wspomnienia, który
wtedy stanie stoi w nasze prawa, byłe przetrwało i pokolenie
w pokolenie będzie brało stąd wzór żalicich bohaterów, którzy ich
prawo mogą bronić umieli i żeby ziemia ta, ile krwi
stoi z niego wyciekło. Na stanie ukochany! wieczna pamięć
pamięć!"

(Konfiskowano)

artykuł „Krwawy obiad", wrażenia ze Potockiego.

„Nad obrzeżami naszego Babczyńskiego, który obecnie obchodzi się czytanie
z Rusinami obejmują te rady krajowi, stracają te rane bolesne
czasy, jakie się my przeżyli za czasów Potockiego. Za nie tak się ich dzień
wydarzeń z prawa ludu a tam tyle się ich dzieje się najpiękniejszych kwiatów.
te naszego narodu, niewinnej za najmilsze jej prawa: ukraińskich
uniwersytet. Winę tej krwi i ofiar niewinnych ponosi z pełnym
rządzie władza krajowa, która i państwowa, ze tak długo i nie
rozwiała nasze żądania i poprostu zwiała chwili, z tej
przebój się rana cierpienia i ludzi nie będą protestować
słowa ale kule i krew. I tu chwila nadeszła,
dojść rozpoczęli zamachy i podłe. od nich padł pełnomocnik stracił
od którego zginął Kocho.

Kochy pożegnają się z przedstawicielami tych wypadków najobszerniej.
Panni Belcyanni i Gaschinami.
Niemcom kasto, pójść pod Namiestnictwo, które podziękuje nam.

Bobrzyńskiemu, za to, że kiedy ci potrafi. Bobrzyński
nie należał do tego politykowania, bo nad polityczną
rzeczywistością „Cacianie" i „Chuligańcy"

„Zgromadzenie [illegible] kwestię polskiej monarchii.
Dwie i ci nieszczęsny z dziwnie czasie z odgrzewanymi
romansami"

„Narodne Slowo" z 5/7 V. 387.

artykuł „Prześladowania bez końca" (skonfiskowany)

Podczas krwawych zamieszek na uniwersytecie Lwowskim gubernator hr. Andrzej z swojej władzy zawiesił konstytucyę i wydał nas na łup rozbójniczej i rabunkowej bandy rzezimieszków. Pogromy te dokonane na naszych instytucyach pierwszy raz stwierdziły fakt, że u nas konstytucya tylko na papierze i prawna ochrona w zderzeniach wschodnich a po z nerwowości pod pokątnych wpływów ciemnych pogromców mogą rozbijać i rabować. Tych wypadków spotkaliśmy wiele w pogromach rosyjskich. I tak w stolicy Podczas gdy na rozkaz władzy organy bezpieczeństwa z najściągniętymi bagnetami strzegli uniwersytet i policyanty, aby zamachowcy rozbójnicy mogli bezpiecznie wejść i pochwycić bramniczy, wtedy zdziczała ulicza tłuszcza hulała po ulicach miasta Lwowa..... władza przyglądała się temu najspokojniej aż dopiero kiedy bandyci pogromiciele przeprowadzili swoje dzieło zniszczenia wyślano dla ochrony ludności policyę i wojsko celem stłumienia krwawego szału. Tymczasem obraz rosyjskiej konstytucyi. Żyjemy jakby wyjęci z pod prawa, dla nas nie ma ustaw konstytucyjnych a tem samem nowacyom władz, że my musimy rachować się jak ludźmi, dla których żadne prawa nie istnieją i że za te pogromy odpłacimy tam, gdzie i my mamy siły. Wiedzą władze dobrze tak samo sprawiedliwie i mają dla nas takie same wyjątki jak tam dla rosyjskiej ciemnoty. Na zdanie ostatniem administracyjnym porządku publicznym. Wreszcie przez zbrodniczą masakrowanie bez litości, za odpłacenie pomsty. (rabunek zmataż) rozumie nam, podczas gdy w państwie prawa zwracamy się do najwyższej rządowej instancyi. - Rozumie się, że przeciw takiemu zapędzeniu musimy zaprotestować i nie dozwolimy sobie tańczyć po głowach

jak dotąd Galicya nie miała ich gubernią Rosyi a Bobrzyński
stałym

„Narodne Słowo" z 7/7 190 N. 585.

wiersz „Na dwiérzej mogile" skonfiskowany -

Ty rodnie, bodnak rodne z nami, z radami kobie podobnyd,
bodnak nam dnieni; przykład dawni, jak bonii przed
nasadnyd. V naszej bemi sbypai ij bodnemy bardzo dnia
gotowi, [illegible] dich rzinz tynani, rednieny bajdanny; i wobec
z rpadu dawny wnukom. V dnéj dnek z rodnie bodnie
dodawat nam nd z wake o ziemy i ceri ubrainy.

Narodne Słowo z 9/7 1910 l. 286.

Artykuł

„Jednakże nadejdzie chwila zapłaty" (skonfiskowany)

„Nie będziemy uginać kark w polskich kościołach i parkach
ni nad bezbronnemi, jak te rabiły kacapy, po których
ziemi płynie krew a nie woda. Na odpłatę
mamy inny sposób. W wielkomiejskich miastach i miasteczkach
żyją tłumy rzeźnich polskich mordowców i obrzezanych
Polaków z band propinatorskich, które żyją wyłącznie kosztem
ciężkiej pracy. Kto zmusi naszego wieśniaka, aby
swoim potem wyżywił te bandy polskich rzezimieszków, które na nasze
grosze żyją wygodnie i pewne dnie kpią z nas i prowokują nas.
Dla miejscowości takiego bezczelnego postępowania polskich band musi
Polakom do dowolnego wyzyskiwania na pole, skąd przyszli:
Wypędzanie w kacach, odebranie robót tamtejszemu,
będziemy uważali za zbrodnię i wtedy narodowy polski
odezwie się wyborowi głosem na kacy, będziemy musieli być
wówczas „chamów" a narobią ich na wsiach
dawnych będziemy traktowali z pismach. Przyszła pora, aby
spalić polsko-ruskie mosty i iść swojem życiem. I na
tamci i gnębicielami musimy raz wziąć rewanż".

G A Z E T A L W O W S K A

Nr. 150 Środa, 6. lipca 1910.

Część nieurzędowa.

L w ó w, dnia 5. lipca 1910.

/: Niebezpieczny objaw :/

W jednym z dzienników lwoskich pojawiła się wiadomość z Przemyśla, wedle której polska młodzież tamtejsza uchwaliła na wiecu rezolucyę, postanawiającą utworzenie „organizacyi w celu samoobrony ziemi przemyskiej, któraby zapobiegła ekscesom".

Jest to doniesienie, mające charakter czysto lokalny. W każdym jednak razie objaw to świadczący o niezrozumieniu najistotniejszych warunków naszego publicznego życia. Z obowiązku dziennikarskiego i ze względu na dobro ogółu zwrócić winniśmy na ten objaw uwagę, aby przypadkiem nie stał się szkodliwym precedensem.

O ile wszelkie organizacye narodowe na polu czy to oświaty czy ekonomicznem są zbyteczne, jako ujmujące w pewien system działalność i pracę jednostek i tę działalność ułatwiające przez nadanie im szerszego zakresu, - o tyle w sprawach, gdzie idzie o utrzymanie spokoju i porządku publicznego, tam, jedyną właściwą organizacyą jest władza, powołana do strzeżenia spokoju i porządku. Ona jest w tych sprawach jedynie powołana i jedynie odpowiedzialna, a tą misyą i wypływającą z niej odpowiedzialnością z żadną inną organizacyą dzielić się nie może i nie powinna.

Tylko w czasach zupełnego rozprzężenia społecznego ładu, tylko pod panowaniem anarchii powstawać mogą i powstawały czasem organizacye samoobrony, będące same w sobie zaprzeczeniem istot-

./.

nego porządku, a wywołujące w każdym razie osłabienie powagi i znaczenia władzy.

W naszym kraju, dzięki Bogu, władza ta czuje się dość silną, aby straż przeciw możliwym ekscesom należycie spełnić i w całem poczuciu ważności zadania, odpowiedzialność za to przyjąć. Jest ona zresztą przekonana, że ogół ludności bez jakiejkolwiek samozwańczej organizacyi, już samem zachowaniem się swojem zadanie to jej ułatwi.

Rezolucya młodzieży przemyskiej, powzięta bardzo niebacznie pod pierwszem wrażeniem ostatnich bolesnych i oburzających wypadków, wymagała zwrócenia natychmiastowej uwagi na niebezpieczeństwo takich objawów, świadczących o niezrozumieniu kardynalnych warunków ładu społecznego.-

.-.-.-.-.-.-.

Słowo Polskie z dnia 9.lipca 1910 Nr.313.

Władza czy samoobrona.

Przemyśl 7.lipca 1910.

/:G :/ Prowokacyjne ruskie afisze z powodu zabicia Kocki podczas hajdamackiego napadu, rozlepione 3. b.m. za zezwoleniem tutejszego ukraińskiego nadprokuratora, wywołały - o czem już wspominaliśmy - naturalne i odruchowe oburzenie całego społeczeństwa polskiego. Pod wpływem tego oburzenie młodzież polska odbyła zaraz tego samego dnia wieczorem poufny wiec, na którym w sposób dosadny dała wyraz swemu oburzeniu i napiętnowała postępowanie władz.

O przebiegu wiecu podaliśmy zaraz 4.b.m. krótkie telegraficzne sprawozdanie i treść zapadłych rezolucyi, które obecnie podajemy w całości. Rezolucye te brzmią: 1. Wiec przyłącza się do uchwał polskiej młodzieży akademickiej lwowskiej, powziętych na wiecu w dniu 1.b.m. i wyraża jej swoje współczucie z powodu tak przykrych zajść.

2. Wiec postanawia założyć „O r g a n i z a c y ę s a m o o b r o n y z i e m i p r z e m y s k i e j", któraby zawczasu w sposób z kulturą zgodny zapobiegła krwawym ekscesom ze strony ruskiej.

3. Wiec porucza Towarzystwu polsk.młodzieży „Znicz" w Przemyślu, zwołanie w przeciągu dwu tygodni wiecu polskiej młodzieży akademickiej z ziemi przemyskiej.

Rezolucye te, spokojne a stanowcze, przyjęte zostały przez ogół sympatycznie, i nietylko nie wywołały żadnych obaw, lecz owszem, uspokoiły umysły wzburzone, tem bardziej, że po tych uchwałach zniknęły zaraz za staraniem polskiej młodzieży prowokujące afisze.

Inaczej jednak na te rezolucye zapatruje się urzędowa „Gazeta Lwowska". Oto w artykule wstępnym z 6.b.m. p.t. „Niebezpieczny objaw", upatruje w"organizacyi samoobrony" niebezpieczeństwo,

./.

chęć ukrócenia prerogatyw władz państwowych.

Dla lepszego przeglądu przytaczamy końcowe ustępy przerażonego organu namiestnika.

„W sprawach, gdzie idzie o utrzymanie spokoju i porządku publicznego, tam jedyną właściwą organizacyą jest władza, powołana do strzeżenia spokoju i porządku. Ona jest w tych sprawach jedynie powołana i jedynie odpowiedzialna, a tą misyą i wypływającą z niej odpowiedzialnością z żadną inną organizacyą dzielić się nie może i nie powinna.

„Tylko w czasach zupełnego rozprzężenia społecznego ładu, tylko pod panowaniem anarchii, powstawać mogą i powstawały czasem organizacye samoobrony, będące same w sobie zaprzeczeniem istotnego porządku, a wywołujące w każdym razie osłabienie powagi i znaczenia władzy.

„W naszym kraju, dzięki Bogu, władza ta czuje się dość silną, aby straż przeciw możliwym ekscesom należycie spełnić i w całem poczuciu ważności zadania odpowiedzialność za to przyjąć. Jest ona zresztą przekonana, że ogół ludności bez jakiejkolwiek samozwańczej organizacyi, już samem zachowaniem się swojem zadanie to jej ułatwi.

„Rezolucya młodzieży przemyskiej, powzięta bardzo niebacznie pod pierwszem wrażeniem ostatnich bolesnych i oburzających wypadków, wymagał zwrócenia natychmiastowej uwagi na niebezpieczeństwo takich objawów, świadczących o niezrozumieniu kardynalnych warunków ładu społecznego."

Artykuł ów w całości przedrukowały niektóre dzienniki.

Bardzo się cieszymy zapewnieniom „Gazety", że władza jest dość silna i potrafi bez współdziałania „organizacyi samoobrony" dać sobie radę, ale dotychczasowe doświadczenia usposabiają sceptycznie wobec tych zapewnień. Zamiast więc biadać i straszyć siebie i drugich, niech lepiej kompetentne sfery postarają się czynami przekonać społeczeństwo, że władze potrafią bronić porządku i ładu społecznemi przed zamachami ukraińskich anarchistów.-

Prezydyum c.k. Namiestnictwa.

L w ć w, dnia 18. lipca 1910.

L. 11.484/pr.

Ściśle poufnie.

Do

Pana c.k. S t a r o s t y

w

Według poufnych informacyj zamierza partya ukraińska w dniu 24 b.m. urządzić na prowincyi szereg zgromadzeń publicznych, na których mają być omawiane również ostatnie zajścia na Uniwersytecie lwowskim, jakkolwiek program zgromadzeń tego punktu nie ma zawierać.

W razie zakazu zgromadzeń publicznych mają się odbyć zgromadzenia ograniczone na zaproszonych gości. -

O tem zawiadamiam Pana Starostę odwołując się do okólnika z dnia 6. bm. L.10832/pr. zawierającego dokładne wskazówki co do postępowania ze zgłoszeniami tego rodzaju zgromadzeń publicznych. -

Za "ograniczone do zaproszonych gości" uważać można po myśli § 2 ustawy z dnia 15. listopada 1867 Dz.u.p.Nr. 135 tylko te zgromadzenia, na które rozesłano zaproszenia tylko do osób indywidualnie z góry oznaczonych a zwołującym zgromadzenie znanych w odróżnieniu od zaproszeń wystosowywanych do całych kategoryi lub klas osób, i co do których poczyniono zarządzenia mające zabezpieczyć niedopuszczenie osób nieproszonych. Takim zebraniom nie należy stawiać przeszkód. -

Gdyby zaś wspomnianym warunkom nie uczyniono zadosyć postąpi Pan ściśle podług przepisów powołanej ustawy. -

C.k. Namiestnik

/ Rozy

Prezydyum c. k. Namiestnictwa.

11.794/pr. Lwów, dnia 24. lipca 1910.

P o u f n i e.

Do

Pana c. k. Starosty

w

Zwracam uwagę Pana c. k. Starosty, że wskazówki udzielone reskryptem z 6. b. m., L. 10.832/pr., odnosiły się tylko do tych zgromadzeń publicznych /:przedewszystkiem pod gołem niebem:/ i do tych pochodów, któreby miały być inscenowane dla demonstracyi z tytułu zajść na Uniwersytecie lwowskim i groziły zakłóceniem publicznego porządku.

Byłoby przeto błędem, gdyby się zakaz zgromadzeń i pochodów rozciągało szerzej, poza granice podane w powyższym reskrypcie, gdyby się miało zakazywać zgromadzeń dla sprawozdań poselskich, zabaw pod gołem niebem, itd. z tego powodu, że przy tej sposobności sprawa uniwersytecka może być poruszoną.- Program zgromadzeń dla sprawozdań poselskich nie może być przez Pana ograniczony, ale przy zezwoleniu zabaw publicznych może Pan wykluczyć wszystko, coby spokojowi zagrażało.

Zresztą wobec upływu kilku tygodni od czasu wypadków na Uniwersytecie i wobec faktu, że umysły się wogóle uspokajają, Pan Starosta zakaz, o którym była mowa w reskrypcie z 6. b. m., L. 10.832/pr., ograniczy tylko do tych przypadków, gdzie zaburzenie porządku publicznego grozi i s t o t n i e .

C. k. Namiestnik:

Potocki

1912.

Zydaczów, dn. 22. maja.

Polacy nigdy nie zaprzeczali i nie podawali w wątpliwość prawa narodu ruskiego do kulturalnego rozwoju; przeciwnie, starali się zawsze rozbudzić drzemiące dawniej uczucia samodzielności Rusinów i byli świadomi korzyści, która także i im przynosi każdy prawdziwy postęp ruskiego narodu. W szczerem dążeniu do zabezpieczenia pokojowego współżycia ~~obydwóch~~ obydwóch narodów, Koło nie odmawiało Rusinom własnej głównej szkoły, ale przeciwnie, nie jednokrotnie, jak w ostatnim czasie przez usta swego prezesa na posiedzeniu dnia 2 grudnia 1907 r. oświadczyło, że uznaje uzasadnienie tego prawa i że nie stawia przeszkód do jego urzeczywistnienia. Głównym warunkiem utworzenia nowego ogniska kulturalnego, jest jednakże taki stan, który daje pewność, że ognisko to służyć będzie wyłącznie celom kulturalnym. Stosunki obecne nie uzasadniają jednakże nadziei, aby to nastąpiło, przeciwnie nie można zataić obawy, że ten znaczny przyrost ruskiego stanu posiadania w Galicyi nie będzie służył celom czysto naukowym, że jeszcze nie przyczyni się do uśmierzenia narodowych przeciwieństw i że je raczej pogłębi.

Koło polskie w pełni świadome

swojej odpowiedzialności wobec państwa i kraju, musi stwierdzić, że zatamowanie życia autonomicznego przez metodę obstrukcyjną w Sejmie i zwołanie go ze względów krajowych Frakcja uważa w najwyższym stopniu współżycie narodów. Najważniejszym warunkiem zamierzonej akcji, musi przeto być zabezpieczenie normalnej działalności Sejmu, który Rusini bez śladu większości ze strony Polaków paraliżują. Zarówno interes państwa jak i politycznej moralności wymagają, aby unikać nawet pozoru, że obstrukcyjną metodą, nie będącą odpowiedzią jakiegoś pogwałcenia praw ruskich, ale przeciwnie będącą agresywnym aktem gwałtu Rusinów przeciw Polakom, zdobyć pozytywny sukces polegający na wbrew istniejącym przyrzeczeniu założenia ruskiego uniwersytetu. Nie wolno budzić w ludności wrażenia, że parlamentarne gwałty zdobywają nagrody. Z tych powodów uważa za swoją całą stanowczością zajmować to stanowisko, że do założenia ruskiego uniwersytetu można tylko wtedy przystąpić, i że przygotowawczą akcję można tylko wtedy podjąć i prowadzić dalej, jeżeli i dopóki reprezentacji ludności ruskiej w parlamencie i Sejmie stan będzie na gruncie prawa.

Gdyby reprezentanci narodu rus=
kiego przyjęli ten pogląd i zobowią=
zali się do jego urzeczywistnienia,
Koło polskie mogłoby się zgodzić
na zaprzestanie w drodze rozpo=
rządzenia założenia ruskiego uni=
wersytetu, przy uwzględnieniu
i zupełnem zagwarantowaniu nas=
tępujących zasad:
1.) Pismo być stwierdzonem, że
uniwersytet lwowski na pod=
stawie najwyższych postanowień
z dn. 4. lipca 1871, 27 kwietnia
1879. i 27 marca 1882 r. które uzna=
ły język polski za język urzędowy
wykładowy i język egzaminów, był
i jest uniwersytetem polskim.
2.) Pismo być postanowionem, że
z chwilą, gdy ruski uniwersytet
będzie zorganizowany, zostaną znie=
sione wszystkie przepisy, które
obecnie odnoszą się do używania ję=
zyka ruskiego na uniwersytecie
lwowskim.
3.) Pismo być postanowionem, że
wszystkie laboratorya, katedry i
zbiory pozostaną własnością i w
posiadaniu, tudzież nieograniczo=
nem używaniu uniwersytetu
lwowskiego, że majątek jego nie
będzie uszczuplonym, że zarząd
i stosunki obecnie uniwersytetowi
lwowskiemu wpływ na zarząd bi=
blioteki uniwersyteckiej nie ulegną
zmianie.

4.) Winno być postanowieniem, że siły nauczycielskie, które w stadyum przejściowem będą zamianowane dla nowego uniwersytetu, będą z mocy wniosku senatu uniwersytetu lwowskiego tylko przydzielone do uniwersytetu lwowskiego, nie staną się zaś członkami kolegiów.
5.) Mając w sprawie zakładania uniwersytetów kompetencye Rady państwa, rozciągającą się także na wszystkie szczegóły postanowień aktu założenia, i przekonane, że rozporządzenie, w którem zapowiedzianem będzie założenie uniwersytetu ruskiego nie narusza kompetencyi legislatywy, Koło polskie uważa za swój obowiązek już dzisiaj podnieść z całym naciskiem, jak doniosłym jest wybór siedziby przyszłego uniwersytetu ruskiego.
Łatwo dający się pobudzić, a trudny nieraz do pohamowania temperament młodzieży, krańcowe wyskoki napięcia narodowych uczuć objawiające się u młodzieży, zwłaszcza tam, gdzie dwa narody współzawodniczą o władzę i wpływ, rodzi obawę, że istnienie dwóch narodowo odrębnych uniwersytetów w jednej siedzibie będzie środkiem ciągłych narodowych starć i nie kończących się politycznych walk akademickiej młodzieży.
Wobec tej obawy, ai nader uzasadnionej dotychczasowem doświadczeniem i wobec niewątpliwie agresywnego postępowania

Rusinów lwowskich, jest z dobrze zrozumiałym interesie nauczania i naukowej pracy, tudzież w interesie spokoju publicznego i zdrowego rozwoju kulturalnego, aby nasz uniwersytet ruski był założony poza siedzibą polskiego uniwersytetu. Z tej przyczyny tem bardziej zawrzeć na myśli przy wyborze siedziby, że Rusini w uzasadnieniu swego żądania uniwersytetu sami przyznają, że ten uniwersytet ma zaspokoić potrzeby takiej ludności mieszkającej poza Austryą, a ulegającej prądom z pewnością nie zawsze umiarkowanym. Z drugiej strony stolica Lwów z powodu swego wybitnie polskiego charakteru nie jest miejscem możliwem dla czystej szkoły ruskiej.

Aż do chwili, w której ustawa oznaczy siedzibę uniwersytetu ruskiego, należy wszystkie kroki przygotowawcze poczynić w ten sposób, aby przez nie kwestya siedziby nie była w żadnym kierunku przesądzoną.

Z tradycyi naszej i z naszych ustaw płynie szczere zrozumienie kulturalnej wartości szkół narodowych i rozwoju narodowej nauki. Wyrażamy życzenie, aby uniwersytet ten stał się pragnieniu narodu ruskiego w tej dziedzinie, jemu na pożytek, dla nas bez szkody.

Dyskusya.

W dyskusyi nad tem sprawozdaniem zabierali głos Germain, Głąbiński, Kozłowski, Skarbek, Stapiński, Busek i Serwatowski / przemówienia tych posłów ogłoszone będą wosobnym komunikacie/.

Poseł Głąbiński postawił następujący wniosek: „Koło polskie przedstawi swoje uchwały w sprawie uniwersytetu ruskiego Kołu sejmowemu do zatwierdzenia."

Pos. hr. Skarbek zgłosił wniosek: „Koło polskie musi stanowczo żądać, aby już w uzdaniu się najwyższem postanowieniu wyraźnie było zaznaczonem, że Lwów nie może być siedzibą przyszłego uniwersytetu ruskiego, w szczególności nie mogą w czasie przyszłym być utworzone instytuty ruskie we Lwowie."

W końcowej odpowiedzi na wywody wniosków zaznaczył referent pos. Jaworski, iż uważa za rzecz naturalną, że uchwały Koła polskiego z Wiedniem się tylko wniosków na Koło sejmowe we Lwowie. Żądanie aby cesarskie rozporządzenie zawierało wyłączenie Lwowa jest niedopuszczalne ze względów prawniczych. Określenie miejsca jest rzeczą legislatywy - Zarzucanie, że samo zapowiedź założenia uniwersytetu ruskiego jest naruszeniem kompetencyi legislatywy referent nie podziela.

Nominacye za aktem administracyjnym, zresztą zaś cesarskie ~~rozporządzenie~~ postanowienie ma za treść tylko polecenie rządowi, aby właśnie Radzie państwa przedłożył projekt ustawy o uniwersytecie ruskim. Zgadza się, że instytuty nie mogą być budowane w okresie przejściowym. Omówiwszy poszczególne poprawki, stwierdza referent zasadniczą zgodność całego Koła i zleca to jako objaw siły.

Prezes Dr. Leo wyjaśnia, że komisya parlamentarna jednomyślnie postanowiła, aby powrócić się mającą przez Koło polskie uchwałą w sprawie uniwersytetu ruskiego przedłożoną Kołu sejmowemu.

Uchwała.

Następnie Koło uchwaliło wniosek pos. Glabińskiego, a po odrzuceniu poprawki hr. Skarbka, przyjęto została jednomyślnie zaproponowana przez komisyę parlamentarną rezolucya w brzmieniu powyżej podanem. —

Po głosowaniu wyraża Prezes Koła radość, że w tak doniosłej sprawie narodowej, wszyscy członkowie Koła, zgodnie z frakcyą reprezentacyi polskiej, objawili jednomyślność zapatrywań i woli.

„Czas" z 4. czerwca 1912 r.

O uniwersytet ruski.

Wiedeń. (Tel. pryw.) Klub ruski przedłożył rządowi, jako rodzaj ultimatum, następujący projekt pisma cesarskiego, w sprawie uniwersytetu:

„W związku z moim rozporządzeniem z dnia 4 lipca 1871 i 27 kwietnia 1879 r. zarządzam, co następuje: Na lwowskim uniwersytecie istniejące obecnie katedry z ruskim językiem wykładowym, trzy na teologicznym, trzy na prawniczym, i cztery na filozoficznym fakultecie, zostają od tego uniwersytetu oddzielone i prowizorycznie zorganizowane, jako osobny autonomiczny zakład uniwersytecki we Lwowie z ruskim językiem wykładowym. Wykłady w języku ruskim nie będą się odbywały odtąd w dzisiejszym uniwersytecie, lecz w nowym zakładzie. W tymże zakładzie będą powstawały nowe katedry na propozycyę tego zakładu i najpóźniej do zimowego półrocza 1912. mają być one uzupełnione. W tym uniwersyteckim zakładzie będą się odbywały także habilitacye docentów i zorganizowane zostaną komisye egzaminacyjne. Skoro ten zakład mieć będzie dostateczną liczbę katedr, ma on być przemieniony w samoistny ruski uniwersytet we Lwowie z teologicznym, prawniczym i filozoficznym

fakultetem. Obecnie istniejący uniwersytet cesarza Franciszka we Lwowie pozostanie wtedy czysto polskim."

Wiedeń. (4. pr.) N. fr. Pr. stwierdza, że projekt pisma cesarskiego zawiera postanowienia: 1.) cesarskie rozporządzenie zydane będzie pod warunkiem, że Rusini zaniechają obstrukcji w Sejmie galicyjskim, 2.) termin aktywowania uniwersytetu, będzie oznaczony na lat 10. 3.) Ustanowienie siedziby pozostanie rzeczą legislatywy, 4.) podczas przejściowego okresu na lwowskim uniwersytecie nie mogą być przedsięwzięte żadne zmiany, któreby zachodziły z założenia, że siedzibą przyszłego uniwersytetu jest Lwów, 5.) ci nauczyciele, którzy w czasie przejściowym na lwowskim uniwersytecie zostaną zamianowani, będą mianowani tylko extra statum.

N. fr. Pr. twierdzi, że Rusini stanowisko odmawiają przedstawionym warunek co do zaniechania obstrukcji. Co zaś tyczy Lwowa, jako siedziby uniwersytetu to Rusini utrzymują, że gdyby zaś (byli) chcieli na to zgodzić, to oddawna mieliby już uniwersytet ruski. Wszystko razem wzięwszy - pisze N. fr. Pr. - oznacza, że Rusini nie przyjmują ofiarowanych im warunków.

„Czas" z 5. czerwca 1912 r.

Związek ukraiński oświadcza: Zważywszy, że projekt emisyjny cesarskiej przez rząd przedłożony nie tylko nie daje gwarancji kreowania samoistnego uniwersytetu ruskiego we Lwowie, ale przeciwnie przedstawia się jako ukrócenie dotychczasowej sfery posiadania ruskiej w uniwersytecie ces. Franciszka we Lwowie i że Lwów jako siedziba uniwersytetu jest prawie wykluczony; zważywszy dalej, że cały tekst projektowanego prawa cesarskiego wskazuje na to, że polski charakter polsko-ruskiego uniwersytetu ma być ustalony, zamiast wszechstronnego kulturalnego zadania ruskiego uniwersytetu co do samoistnej wszechnicy ruskiej; zważywszy jeszcze, że powyższy rząd, jako warunek wstępny postawione in actum tej sprawy z zaniechaniem obstrukcji w galicyjskim Sejmie nie posiada najmniejszego uprawnienia i dowodzi tylko, że rząd pozostaje pod naciskiem Koła polskiego i innych polskich czynników; zważywszy wreszcie, że rząd nie wypełnił nawet tego, co podczas wstępnych rokowań z reprezentacyą ukraińskiego klubu przyrzekł — uchwalono: 1.) Przez

rząd przedłożony projekt jest absolutnie nie do przyjęcia 2.) Ten projekt nie może nawet służyć za podstawę do dalszych rokowań, 3.) Wskutek tego Klub ukraiński wzięcie z postępowania rządu odpowiednie taktyczne konsekwencje. Wreszcie uchwalono zaopatrzyć do stronnictw parlamentarnych i przedstawić im cały stan rzeczy.

Nr 598 Kraków, Niedziela 29 Grudnia 1912. Rocznik LXV.

„CZAS" wychodzi o wyjątkiem dni po niedzieli i świętach wszystkich dwa razy dziennie, a mianowicie: o godzinie 6 rano i o godzinie 3 popołudniu.

Numer wieczorny 10 hal., ranny 4 hal. } z przesyłką pocztową: wieczorny 12 hal., ranny 8 hal.

PRENUMERATA WYNOSI:

	na cały rok	na kwartał	na 1 miesiąc
W Krakowie w miejscu	30 koron	7 kor. 50 h.	2 kor. 50 hal.
z odnoszeniem do domu	36 koron	9 kor. —	3 kor. —
Pocztą w państwie Austryackiem	36 koron	9 kor. —	3 kor. —
Z dwukrotną wysyłką pocztową	42 koron	10 kor. 50 h.	3 kor. 50 hal.
Pocztą w państwie Niemieckiem	42 koron	10 kor. 50 h.	3 kor. 50 hal.
Do wszystkich państw, należących do związku pocztowego	48 koron	12 kor. —	4 kor. —
W państwie rosyjskiem (abonament przez urzędy pocztowe)	16 rb. 20 k.	4 rb. 05 k.	1 rb. 45 kop.

Według urzędowego wykazu pism zagranicznych, mających debit w państwie rosyjskiem abonament *Czasu* przyjmują urzędy pocztowe: w Petersburgu, Warszawie, Kijowie, Wilnie, Moskwie i Odesie. Z innych miast i wsi można prenumerować *Czas*, posyłając pocztą należytość do urzędu pocztowego najbliższego z powyżej wymienionych większych miast.

Prenumeratę i ogłoszenia przyjmują: w Warszawie biuro ogłoszeń Ungra, L. i E. Metzl i Syn Międzynarodowe Biuro ogłoszeń — w Kijowie księgarnia L. Idzikowskiego — w Wilnie biuro dzienników K. Tauberа.

CZAS

Wydanie poranne.

Prenumeratę przyjmują: Administracya Czasu w Krakowie i urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księg. S. A. Krzyżanowskiego, handlu: St. Karlińskiego, trafika w Sukiennicach, Biuro dzien. Kopeana i Salomonowej, Gł. Trafika. We Lwowie „Czas" jest do nabycia w biurach dzien. A. Olszewskiego, O. Sokołowskiego, K. Buchstaba, na stacyach kolejowych w Tarnowie, Rzeszowie, Jaśle, Nowym Sączu na peronie w księgarni kolejowej, tudzież na innych główniejszych stacyach u portyerów kolejowych.

Ceny ogłoszeń: od wiersza petitem za pierwszy raz 20 hal., za każdy następny po 15 hal.: układ tabelaryczny, cyfrowy, skomplikowany, pierwszy raz 40 hal., następny po 15 hal. Nadesłane i Nekrologia od miejsca wiersza drukiem petit. 60 hal. za każdy raz. Głosy publiczności po 2 kor.; komunikaty handlowe po kronice i po dziale ekonomicznym; komunikaty prywatne, śluby, zaręczyny itp. po 1 kor. od miejsca wiersza.

Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: we Lwowie biura dzienników L. Plohna, A. Olszewskiego, St. Sokołowskiego, K. Buchstaba; w Jarosławiu Biuro dzienników; w Podgórzu Poturalski; w Przemyślu A. Juszyński księgarnia i E. Billet; w Rzeszowie M. Weintraub; w Stanisławowie Jasielski i Sp.; w Tarnowie M. Rockach, O. Haut; w Tarnopolu Komaniewski; w Paryżu wyłącznie p. W. Raczkowski, 14 Cité de Trevise; w Wiedniu Haasenstein & Vogler, R. Mosse (także we wszystkich filiach): H. Schalek, M. Dukes, E. Braun, J. Danneberg, Rock & Hersfeld, H. Friedl (tylko prenumeratę H. Goldschmidt & Comp.); w Frankfurcie n. M. G. L. Daube & Comp., w Pradze czeskiej Fr. Hovorka. Listy z pieniądzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia przyjmuje Administracya Czasu w Krakowie. *Reklamacye nieopieczętowane* nie podlegają opłacie pocztowej. *Listów nieopłaconych* nie przyjmuje się. *Rękopisów* nadsyłanych nie zwraca się.

Za każdą zmianę adresu dopłaca się 40 hal.

ADRES REDAKCYI: ul. św. Tomasza Nr 32. — Telefon Nr 96.

TOMASYNĘ,
superfosfaty, sól potasową, kainit, saletrę
nabywać można na znanych, korzystnych warunkach w Stowarzyszeniu:
SYNDYKAT ROLNICZY W KRAKOWIE

Zakopane-Klemensówka
otwarta na sezon zimowy. Światło elektryczne, korytarze ogrzewane, pokoje ciepłe. Tor ślizgawkowy. Prospekta odwrotnie. Piersiowo chorych nie przyjmuje się. (1558-14-15)

Uniwersytet ruski.

Referent pos. Jaworski w końcowem przemówieniu zwrócił się przedewszystkiem przeciw pos. Skarbkowi, który dla demiki nie waha się łamać poufności posiedzeń prezydyum. Mowca protestuje przeciw zarzutom, jakoby dzisiejsza rezolucya sprzeciwiała się uchwale z dnia 22 maja. W szczególności zwalcza pogląd, jakoby uniwersytet miał obecnie przejść do skutku nie w drodze legislatywy. Przeciwnie, projekt ustawy wniesiony został w drodze walki o uniwersytet

Teatr miejski: „Lorrze s[illegible]ony Iran".

— **Z teatru.** W dniu wczorajszym teatr miejski wznowił *Sobótki* Sudermanna, dramat ulubiony przez zwolenników drobiazgowego realizmu na scenie. *Sobótki* w kronikach teatru krakowskiego zapisane są wspomnieniem, że w nich wystąpiła po raz pierwszy na naszej scenie pani Wysocka i w sposób tryumfalny zdobyła podziw widzów. Tę samą rolę Maryjki grała wczoraj debiutantka p. Fryda Rychter. Nie wodniejszego nad wszelkie sprawozdawców proroctwa, wysnuwane z debiutu. Debiutant zbyt silną przechodzi batalię z własnemi nerwami, by starczyło rezerwa na pokonanie roli. Więc i w recenzyi o pani Rychter ograniczamy się do stwierdzenia, że artystka ma miłego głos, zadatki na szczerość i nawet znaczną już skalę techniki, jeśli nie aktorskiej, to szkolnej. — Główną rolę męską z siłą i przekonaniem grał p. Kosiński. Udatny zespół innych ról tworzyli pp.: Czaplińska, Modzelewska, Werniczówna, Miłaszewska, Jednowski, bardzo dobry Vogelreuter), Maryański, z uczuciem akcentujący rolę pastora, Trzywdar. Sute oklaski zebrała pani Słubicka za scenę swą w drugim akcie.

— **Najwyższa Rada zdrowia.** Z Wiednia telefonują: *Wiener Zeitung* ogłasza: Minister spraw wewnętrznych zamianował zwyczajnymi członkami najwyższej Rady zdrowia na okres 1913 do 1915 r. między innymi Dra Kazimierza Kostaneckiego i Dra Józefa Łazarskiego profesorów uniwersytetu Jagiellońskiego, Dra Henryka Hałbana, Dra Pawła Kučerę, Dra Włodzimierza Łukasiewicza profesorów wszechnicy lwowskiej i Dra Józefa Starzewskiego, dyrektora szpitala we Lwowie.

Ostatnie wiadomości.

Wiedeń. (Tel. pryw.) *N. fr. Presse* dowiaduje się z dobrej, jak twierdzi strony, że kwestya adryanopolska będzie między Turcyą a Bułgaryą załagodzona. Co do Saloniki słychać, że prawdopodobną jest internacyonalizacya tego miasta.

Zofia. (Tel. pryw.) Dzienniki są zdania, że konferencya pokojowa przeciągnie się bardzo długo. Przypuszczają nawet, że Turcya przeciągnąć ją sama chce tak długo, aż Adryanopol z braku żywności się podda, bo w ten sposób odpowiedzialność rządu wobec opinii publicznej będzie mniejsza.

Przyjechali do Krakowa:

HOTEL FRANCUSKI: Jan Kleniewski z rodziną z Kluczkowic (Król. Polsk.), Edmund Jankowski z Warszawy, Witoldowie Rakowiczowie z Łazisk (Lubelskie), Józefa Husowa z Warszawy, Elżbieta Bednarska z Łom[illegible]

wicz z Warszawy, Leopold Ditmajer z [illegible] lian Kufman z Drohobycza.

Nekrologia.

†

ZOFIA z GOEBLÓW
JANOWA FEDEROWICZOWA

przeżywszy lat 46, po długich a ciężkich cierpieniach, opatrzona św. Sakramentami, zmarła dnia 27 grudnia 1912 r.

Wyprowadzenie zwłok z domu pod L. 1 przy ul. Studenckiej nastąpi w poniedziałek dnia 30 b. m. o godz. wpół do 11 przed południem do kaplicy Matki Boskiej Cudownej przy kościele OO. Karmelitów na Piasku, skąd po odprawieniu nabożeństwa o godz. 12 w południe wyruszy pogrzeb na miejsce wiecznego spoczynku.

Na żałobny ten obrzęd zaprasza mąż z córką i rodziną. (3136-2-2)

Zakład pogrzebowy J. Wolnego.

Wydawca i Redaktor Odpowiedzialny
Rudolf Starzewski.

[illegible]ya górna.
[illegible]wność i. Kuchnie [illegible]elazowe, ma[illegible]owych, hoteli, [illegible]ewania na parze, [illegible]a gazowe, tryj[illegible]asające.
[illegible]y sklep żelazny, [illegible]t. Żądać „Orygus" i nie przyj[illegible]

Założony w roku 1872.
Zakład kamieniarsko-rzeźbiarski
BRACI TREMBECKICH
w Krakowie, Rakowicka l. 7.
Telefon 462.
wykonuje grobowce i pomniki tak w miejscu jak i na prowincyi oraz wszelkie roboty w ten zakres wchodzące. Poleca wielki wybór gotowych pomników z piaskowca, granitu i marmuru. (1292)
(181-314)

[illegible]RTELL
[illegible]stylat winny z okręgu **Cognac** (Charente)
[illegible]ard Mantler, Wiedeń I. Dominikanerbastei Nr. 6. (2472-16)

Kursa telegraficzne.

Wiedeń 28 grudn. (Kursa giełdy wiedeńskiej) Losy: a) proc. entowe; Austryackie zakł. kred. 4 oblig. proc. z r. 1880 3 pro. 267·— Austr. zakł. kred. z oblig. proc. z r. 1889 3 proc. 253·—, Uregul. Dunaju z 1870 r. 100 złr. 5 proc. 476·—, Węg. Banku hip. po 100 złr. 4 proc. 240·—, Pożyczka serb. prem. po 100 fr. 2 proc. 112·50. b) bezprocentowe: Budapeszteńskie (Bazilica) 1 złr. 26·75. Zakł. kred. dla h. i p. po 100 złr. 470·—. Clary 40 złr. m. k. 100·—. Pożyczka m. Innsbruku 20 złr. —·—. Losy m. Krakowa — złr. 69·—. Pożyczka m. Lublany 20 złr. 67·—. Palffy 39 złr. —·—. Czerw. krzyża Tow. austr. 10 złr. 53·50. Czerw. krzyża węg. Tow. 5 złr. 32·75. Los fund. Arcyksięcia Rudolfa 10 złr. 80·—. Salma 40 złr. —·—. Pożyczka m. Salzburga 20 złr. —·—. Tureckie obl. prem. kolei po 100 fr. 217·25. Tureckie obl. prem. kolei pro. 218·75. Losy kom. m. Wiednia z 1874 r. 483·—.

Berlin. 28 grudn. Austryackie banknoty, 84·60. Spiritus —·—.

Frankfurt. 28 grudnia. (Giełda wieczorna) Kredyty 193·75. Staatsbany 150·75. Disconto 182·— Laura —·—.

Paryż. 28 grudnia. 4 pro. renta 89·07. Mąka 36·65.

Baczność!
[illegible]stępującego masło, nie sprobowawszy [illegible]rki światowej
[illegible]HEINA
[illegible]UM"
[illegible]RYNY
[illegible]ną.
[illegible]uszczu wołowego z jak najlepiej pa[illegible]wodu ma **największą wartość po**[illegible]wą.
[illegible]cz najczystszym naturalnym produktem.
[illegible]o masła, i pod gwarancyą o wiele wy[illegible]
[illegible]eczywiście **jedynem prawdziwem** [illegible]as zachwalane o wiele przewyższa.
[illegible]y jest ciągłą państwową kontrolą, co [illegible]ażdym pakiecie.
[illegible]Pani!
[illegible]zeniami i niech używa zamiast masła do
[illegible]arowania chleba
[illegible]ryny „UNIKUM"
Na próbę darmo i opłatnie.
[illegible]Y I MASŁA, WIEDEŃ XIV.

Kuracyjny „Porter angielski"
poleca: (3368-)
Wojciech Olszowski
Kraków,
Mały rynek, róg ul. Szpitalnej.

Znajdziecie
ulgę w bólach reumatycznych artretycznych i newralgicznych, jeżeli użyjecie wypróbowanego przez lekarzy polecanego środka
Contrheuman
nazwa (ekstraktu mentolowo salicylowo kasztanowego). Służy on do szybkiego uśmierzenia bolów, do usunięcia nabrzmień, przywrócenia elastyczności stawów, pozbycia się uczucia cierpnięcia, działa zdumiewająco pewnie przy wcieraniu, masow i okładach. 1 tuba 1 k.
Wyrób i skład: **Apteka B. FRAGNERA** c. k. nadwor. dostawcy, Praga III. Nr. 203.
Za przysłane gotówką kor. 1·50)

podniesionych i bez wszelkiej podstawy. (Żywe oklaski i brawa u Polaków).

Koło polskie zawsze starało się stosunki między obu narodami, zamieszkującymi od wieków kraj tak ułożyć, aby dla obu pokrewnych narodów zostały stworzone możliwie najkorzystniejsze warunki kulturalnego i gospodarczego rozwoju. Także przy rozwiązaniu kwestyi uniwersyteckiej kierujemy się temi samemi zasadami, które były zawsze dla nas miarodajnemi i wyrażamy nadzieję, że wkrótce nastąpi w tej tak ważnej sprawie narodowej decyzya, która zarówno narodowy stan posiadania narodu polskiego na naszym uniwersytecie w zupełności i ustawodawczo na wszelką przyszłość zabezpieczy, jako też równocześnie żądania narodu ruskiego w kierunku własnego uniwersytetu zaspokoi. (Żywe potakiwania u Polaków).

nem głosowaniu 153 głosami przeciw 143 wniosek Tomsika, by wstawić sumę 17 milionów dla robotników i służby kolei państwowej. Wszystkie wota mniejszości odrzucono.

Prowizoryum budżetowe przyjęto w pierwszem, drugiem i trzeciem czytaniu. Między innemi przyjęto też rezolucye pos. Löwensteina i pos. Adolfa Grossa w sprawie udogodnień podatkowych dla dotkniętych przesileniem gospodarczem.

Godz. 1 w nocy: posiedzenie trwa dalej.

Z Koła polskiego.

(Komunikat z posiedzenia Koła z dn. 28 b. m.).

(Telegram własny „Czasu").

Wiedeń, dn. 29 grudnia.

(=) Koło polskie miało wczoraj gorący dzień. Uwaga całego parlamentu skupiona była na zajściach w Kole, tem bardziej, że mylna rozeszła się pogłoska, jakoby Rusini grozili obstrukcyą, ba nawet jakoby pos. Budzynowski przemawiać chciał tak długo, aż Koło nie poweźmie uchwały. Pogłoska ta była mylna, bo ani mowa pos. Budzynowskiego ani pos. Kolessy charakteru obstrukcyjnego nie miała, ale w całem Kole od rana wrzało. Posłowie w luźnych grupach już od godz. 9 rano naradzali się i widać było, jak ciężko im przychodzi decyzya. Przed zebraniem się grup trudno nawet jeszcze było zorientować się w sytuacyi i orzec, czy proponowana przez prezydyum rezolucya ma szanse czy nie. Bardzo wielu posłów było takich, którzy widocznie nie mieli jeszcze wyrobionego zdania i dopiero w dyskusyi z innymi członkami chcieli sobie opinię wyrobić.

Cztery grupy Koła równocześnie rozpoczęły obrady. Pierwsi ukończyli je narodowi demokraci, którzy wyszli i oświadczyli głośno, że projekt rezolucyi odrzucają. Wnet też rozeszła się pogłoska, jakoby narodowi demokraci postanowili z Koła polskiego wystąpić. Z innej strony jednak sprostowano tę pogłoskę o tyle, iż uchwała jest warunkową i odnosi się dopiero do definitywnego reskryptu, który z końcem stycznia ma być przedłożony. Na zapytanie u posłów wszechpolskich usłyszano odpowiedź wymijającą, co już przemawiać się zdawało za drugą częścią alternatywy. Drudzy ukończyli ludowi demokraci i pierwszy z nich, który wyszedł z sali ubrał biuletyn w słowa: „Niechętnie, ale jednomyślnie zgodziliśmy się". Następnie wyszli ludowcy, którzy oświadczyli krótko, iż jednomyślnie uchwalili głosować za rezolucyą. Ostatni ukończyli obrady konserwatyści oświadczeniem, że wielką większością głosów za rezolucyą się zdeklarowali. Już była godzina 2, a na w pół do 3 ej zapowiedziane było plenarne posiedzenie Koła. Prezes Dr Leo naglił posłów, żeby szybko obiad ukończyli i rzeczywiście o godz. w pół do 3 Koło już było w komplecie.

Posiedzenie Koła trwało od godz. w pół do 5 aż do godz. 7 wieczorem. Rezultat jego zawarty jest w równocześnie przesłanym komunikacie. Zainteresowanie było tak wielkie, że lokal Koła obstąpili posłowie wszystkich grup co chwila dowiadując się o wynik. Ale wynik ten po uchwale grup nie był już zgoła wątpliwy. Wiedzieli też już o tem Rusini i z góry oświadczyli, że o obstrukcyi nie myślą.

Co do narodowych demokratów, to nikt nie wierzy, żeby na seryo o secesyi myśleli, raczej przypuszczają, że przygotowują sobie przez swoje groźby tylko grunt do dalszej agitacyi w kraju.

Uchwały Koła polskiego.

(Komunikat z posiedzenia Koła z dn. 28 b. m.)

Wiedeń. dn. [illegible] grudnia.

[illegible] posiedzeniu [illegible] polskiego prezes Dr Leo [illegible] rokowań przeprowadzonych [illegible] czasie z rządem i klubem ruskim w sprawie uniwersytetu ruskiego.

Po wyjaśnieniach, udzielonych przez prezesa i po zapytaniu formalnem pos. Kozłowskiego co do wydania orędzia, przedłożył pos. Jaworski następujące wnioski prezydyum, jako zasady mające służyć za podstawę do dalszych rokowań celem sformułowania szkicu projektowanego rozporządzenia, wydać się mającego w czasie trwania obrad Sejmu w lutym 1913 r. Rezolucya ta brzmi:

Ponadto:

a) W okresie przejściowym profesorowie ruscy mianowani będą tylko do pełnienia służby, a przeto dzisiejszy skład kolegiów przez te mianowania w niczem nie ulegnie zmianie. Nowo mianowani profesorowie ruscy powołani zatem będą do obrad wydziałów z głosem doradczym wyłącznie w sprawach nominacyi i habilitacyi ruskich.

b) W okresie przejściowym może minister w myśl istniejących przepisów od przypadku do przypadku powołać do życia komisyę profesorów ruskich dla wydawania opinii w sprawach powstać mającego uniwersytetu ruskiego.

c) Na wypadek, gdyby do dn. 1 lipca 1916 r. ustawa o założeniu uniwersytetu ruskiego w drodze konstytucyjnej przeprowadzoną nie była, w tym razie z dniem 1-go października 1916 r. **ma wejść w życie prowizoryczne studyum uniwersyteckie z językiem ruskim,** zorganizowane samodzielnie, **nie będące w związku ani prawnym ani faktycznym z lwowskim polskim uniwersytetem.**

d) **Wszelkie dotychczasowe urządzenia** oraz [illegible] uniwersytetu lwowskiego [illegible] specyalnych [illegible] zostają **nienaruszalnie przy polskim uniwersytecie we Lwowie,** również dotychczasowy wpływ na zarząd biblioteki uniwersyteckiej zarówno w czasie przejściowym, względnie w przygotowaniach do założenia uniwersytetu ruskiego, jak również przy ewentualnem utworzeniu prowizorycznego ruskiego studyum uniwersyteckiego.

Kwestya siedziby przyszłego uniwersytetu ruskiego nie może być w niczem przesądzoną, jej oznaczenie bowiem zastrzeżonem być musi w drodze ustawodawczej. Siedziba prowizorycznego studyum będzie oznaczoną w drodze osobnego rozporządzenia, mającego się wydać w porozumieniu z reprezentacyą obu narodów.

Koło polskie pomne swej uchwały z dn. 22 maja, w myśl której zarówno w interesie państwa jak i parlamentaryzmu oświadczyło, że wydanie rozporządzenia w sprawie uniwersytetu ruskiego winno być w ten sposób dokonanem, aby wszelkie nawet pozory wynagrodzenia obstrukcyi były uchylone, **trwa w swojem żądaniu, aby normalny tok czynności w Sejmie krajowym tudzież w Radzie państwa przed wydaniem rozporządzenia był zabezpieczony.**

Pos. Jaworski po przedłożeniu wniosków prezydyum oznajmił, że z trzech istotnych punktów dwa, tj. stwierdzenie polskości i kwestya siedziby, rozstrzygnięte zostały uchwałą z dn. 22 maja 1912 r. i Koło przy niej trwa, trzeci zaś punkt odnoszący się do okresu przejściowego dozna obecnie znacznej poprawy. Polega ona na tem, że z dniem 1 października 1916 r. ruskie siły nauczycielskie wyłączone zostaną z uniwersytetu lwowskiego i że z tym dniem utracą moc obowiązującą dotychczasowe specyalne przepisy o języku ruskim. Niebezpieczeństwo faktycznej utrakwizacyi zostanie wskutek tego usunięte. Utworzenie prowizorycznego studyum ruskiego nie jest podziałem uniwersytetu lwowskiego, bo majątek i urządzenia polskiego uniwersytetu nie mogą być naruszone. Zastrzega się też Koło przeciw przesądzaniu miejsca siedziby ruskiego uniwersytetu w sposób, na jaki wogóle prawo dozwala. Naruszenia autonomii nie można się obawiać, bo orędzie nie może nic zawierać, coby w czemkolwiek zmieniło obowiązujące obecnie ustawy i przepisy prawne.

W dyskusyi zabierali głos posłowie Głąbiński, Stapiński, Śliwiński, German, Skarbek, Haller, Abrahamowicz, Buzek, Zamorski, Lisiewicz i ponownie Jaworski jako referent.

Reforma wyborcza na Węgrzech.

Wiedeń. (Tel. pryw.) Cesarz udzielił wczoraj na audyencyi Dr. [illegible]kacsowi sankcyi wstępnej dla reformy wyborczej.

KRONIKA.

Kraków, niedziela, dn. 29 grudnia.

Dzisiaj:

Kalendarzyk kościelny: [illegible] i Dawida króla.
Kalendarzyk astronomiczny: Wschód słońca o godz. 7·4., zachód o godzinie [illegible], długość dnia godz. 8·03.

Teatr miejski: „Betleem [illegible]" o południu; „Peer [illegible]" wieczorem.
Higiena [illegible] Jadwińskiej stara [illegible] Matek [illegible] ich w sali Arcybractwa Miłosierdzia (ul. [illegible]), o godzinie 5 po południu.
Wystawa obrazów w [illegible]ow. przyjaciół sztuk pięknych (plac Szczepański [illegible]dz. 10—4.
Wystawa Związku artystów w Pałacu Spiskim.

Jutro:

Kalendarzyk kościelny: [illegible] Eugeniusza bb.
Kalendarzyk astronomiczny: Wschód słońca o godzinie 7·41, zachód o godzinie [illegible], długość dnia [illegible]·04

— **Mianowania na poczcie.** Ze Lwowa telefonują: Ministerstwo handlu zamianowało oficyałów pocztowych Adama Puchałę, Wincentego Kołka, Wacława Matejkę, Marcina Zycha, Karola Fialę, Jana Witeszczaka w Krakowie; Stanisława Maciągę, Franciszka Swięcha w Rzeszowie; Kazimierza Bieguna w Nowym Sączu; Onufrego Gudza w Krośnie starszymi oficyałami pocztowymi oraz asystentów pocztowych Ernesta Fürchtegotta, Kazimierza Komorowskiego, Stanisława Drebszaka, Michała Kuprowskiego, Michała Kolankowskiego i Józefa Jelonka w Krakowie, Sebastyana Jarosza i Chaima Schlagera w Tarnowie, Tomasza Kocyłowskiego w Sanoku, Karola Hallamę w Żywcu, Mieczysława Sroczyńskiego w Jarosławiu, Stanisława Wodyńskiego w Jaśle, Waleryana Grudnickiego w Rzeszowie oficyałami pocztowymi, a prezydent [illegible]skiej dyrekcyi poczt i telegrafów pozostawił [illegible] nowo mianowanych w ich dotychczasowych [illegible] służbowych.

— **Ślub.** Wczoraj przed południem w tutejszym kościele [illegible] kapucynów odbył się ślub Dra Jana Kantego Strzałkowskiego, dyrektora filii Zakładu kredytowego dla handlu i przemysłu we Lwowie z p. Ireną Poznańską. Związek małżeński pobłogosławił X. dziekan Ślaski, krewny pana młodego.

— **Aresztowanie fałszerzy monet.** Z Rzeki telegrafują: Na przedmieściu Santa Croce uwięziły [illegible] fałszerzy monet, którzy od dłuższego czasu [illegible]ali w obieg fałszywe monety 20-halerowe. [illegible] aresztowały osoby. [illegible] członków [illegible] zabrano [illegible] ceramiczne [illegible] [illegible] [illegible]

Bericht
über
Mai 1912

staatliche Förderung heranzubildenden oder in anderer Art zu gewinnenden wissenschaftlich befähigten Lehrkräften sowie unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse und geltenden Vorschriften mit der Bestellung remunerierter Lehraufträgen für den Vortrag wichtiger Fächer in ruthenischer Sprache an der rechts- und staatswissenschaftlichen und an der philosophischen Fakultät der Universität in Lemberg vorzugehen. Ferner die Qualifikation solcher Lehrkräfte für den akademischen Lehrberuf in geeigneter Weise festgestellt sein wird, empfehlige ich die ferner, auch Anträge wegen Ernennung derselben zu Universitätsprofessoren in tunlicher Weise zu stellen. Diese Universitätsprofessoren werden bis zur selbständigen Organisierung des ruthenischen Fachunterrichtes den genannten Fakultäten zur Dienstleistung und zwar in der Art zuzuweisen, daß hierdurch die Zusammensetzung der betreffenden Professoren-Kollegien keine Änderung erfährt.

Weiters beauftrage ich die, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit - vorbehaltlich der verfassungsmäßig vorgesehenen Schritte - bis zur Aufnahme des Studienjahres 1921/22 die zu den genann-

-/.

ten fakultäten errichteten lehrkanzeln und getroffenen studieneinrichtungen mit ruthenischer vortragssprache von der universitätsleitung in lemberg lossgelöst und im sinne der geltenden hochschulnormen unter zugrundelegung der ruthenischen vortrags- und geschäftssprache und in verbindung mit den gleichzeitig aus der universität auszuscheidenden studieneinrichtungen für theologiestuirer griechisch-katholischen ritus zu einer in nähe des genannten territoriums gelegenen universität in selbständigkeitsreiche positionen und lodomerien selbständig organisiert werden. die vorbereitungen zwecks errichtung einer hochschule mit ruthenischer vortragssprache haben derart zu erfolgen, dass sie der dem gesetzgeber vorbehaltenen entscheidung über den standort derselben in keiner weise präjudizieren.

mit dem zeitpunkte der organisierung eines selbständigen ruthenischen hochschulunterrichtes haben an der bestehenden universität in lemberg die hinsichtlich des gebrauches der ruthenischen sprache getroffenen besonderen massnahmen ausser kraft zu treten. es sind rechtzeitig die erforderlichen schritte

../.

Im Grunde [illegible] Entschliessungen vom 4. Juli 1871, vom 27. April 1879 und vom 27. März 1882 gilt an der Universität in Lemberg die polnische Sprache als Amts- und Geschäftssprache sowie als Vortrags- und Prüfungssprache an den weltlichen Fakultäten und wird derselbe, wie bisher so auch in Hinkunft, dauernd zu gelten haben. Die an dieser Universität bezüglich des Gebrauches der ruthenischen Sprache im Amts- und Geschäftsverkehre, dann die hinsichtlich der Vorträge und Prüfungen in ruthenischer Sprache getroffenen besonderen Verfügungen haben bis zu der in Aussicht genommenen selbständigen Einrichtung des Universitätsunterrichtes in ruthenischer Sprache unverändert in Kraft zu bleiben.

Ich ermächtige Sie, auf dem Wege zu diesem Ziele sukzessive und nach Massgabe der Ermittlung von durch staatliche Förderung herauszubildenden oder in anderer Art zu gewinnenden wissenschaftlich befähigten Lehrkräften sowie unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften mit der Bestellung remune-

../.

rierter Dozenten für den Vortrag der einzelnen Fächer in ruthenischer Sprache an der rechts- und staatswissenschaftlichen und an der philosophischen Fakultät der Universität in LEMBERG vorzugehen.

Ich ermächtige Sie ferner, auch Anträge wegen Ernennung dieser oder anderer Lehrkräfte, deren Qualifikation für den akademischen Lehrberuf in geeigneter Art festgestellt sein wird, zu Universitätsprofessoren mit ruthenischer Vortragssprache in der üblichen Weise zu stellen.

Diese für neu geschaffene Lehrkanzeln ernannten Universitätsprofessoren werden bis zur selbständigen Organisierung des ruthenischen Universitätsunterrichtes den gesamten Fakultäten zur Dienstleistung und zwar in der Art zugewiesen, dass hiedurch die Zusammensetzung der betreffenden Professoren-Kollegien keine Änderung erfährt; sie sind jedoch den Beratungen der Professoren-Kollegien in allen jenen Fällen beizuziehen, in welchen es sich um die Habilitierung, Ernennung oder Berufung von Lehrkräften für den zu organisierenden ruthenischen Universitätsunterricht handelt.

Weiters beauftrage ich Sie, die

./.

erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit - vorbehaltlich der verfassungsmäßig vorgezeichneten Schritte - bis zum Beginne des Studienjahres . . . . . die an den genannten Fakultäten errichteten Lehrkanzeln und getroffenen Studieneinrichtungen mit ruthenischer Vortragssprache von dem Zusammenhange mit der bestehenden Universität in Lemberg losgelöst und im Sinne der geltenden Hochschulnormen unter Zugrundelegung der ruthenischen Vortrags- und Geschäftssprache und in Verbindung mit dem gleichzeitig aus der Universität auszuscheidenden Studieneinrichtungen für Theologiehörer griechisch-katholischen Ritus, die zu einer theologischen Fakultät ausgestaltet werden sollen, an einem im Wege des Gesetzes festzustellenden Sitze in MEINEM Königreiche Galizien und Lodomerien als eine selbständige Universität organisiert werden. Die Vorbereitungen zwecks Errichtung einer Hochschule mit ruthenischer Vortragssprache haben derart zu erfolgen, daß sie der dem Gesetzeswege vorbehaltenen Entscheidung über den Standort derselben in keiner Weise präjudizieren.

Mit dem Zeitpunkte der Organisierung eines selbständigen ruthenischen

./.

schen Universitätsunterrichten haben an der bestehenden Universität in Lemberg die Hindernisse den Gebrauch der ruthenischen Sprache betreffenden Bestimmungen außer Kraft zu setzen. Es sind vornehmlich die erforderlichen Schritte einzuleiten, damit die ausschließliche Geltung der polnischen Sprache als Vortragsund Geschäftssprache an dieser Universität von dem bezeichneten Zeitpunkte ab auch in Innerlassung festgelegt werde. Alle diesbezüglichen Verfügungen, Einrichtungen und Anstalten sind sonstige die bisher getroffenen Verfügungen, verbleiben, soferne sie nicht ausdrücklich für deutsche der deutschen in ruthenischer Sprache bestimmt sind, der bestehenden Universität in Lemberg, welche somit in der bisherigen Einfluss auf die Verwaltung der Universitätsinstitute ungeschmälert erhalten werden wird.

Die Regelung der Ansprüche ruthenischer Hörer auf Akademien bei den Prüfungen der Staatsgewerbe ist [illegible] erfolgen.

3/1/11 12

Ich finde anzuregen die
folgt:

an der lateinischen Universität
in Lemberg haben die bezüglich des
Sprachgebrauches die ruthe- und lo-
calitätsverhältnisse sowie hinsichtlich
der Vorträge- und Prüfungssprache
die Entscheidungen vom 5.
Juli 1871, vom 27. April 1870 und vom
27. März 1882 erlassenen Normen die
zur Aktivierung einer selbständigen
Universität mit ruthenischer Vor-
tragssprache in allen königlichen
Ämtern und Lehranstalten unverändert
in Kraft zu bleiben.

Mit dem angeführten Leitsatze
kann die hinsichtlich des Sprachge-
brauches der ruthenischen Sprache an der
lateinischen Universität in Lemberg
getroffenen besonderen Bestimmungen
außer Kraft zu treten und soll fortan
die polnische Sprache als ausschlies-
sliche Vorträge-, Prüfungs-, Amts- und
Geschäftssprache an dieser Universi-
tät gelten, was in dem die Errichtung
einer Universität mit ruthenischer
Vortragssprache betreffenden Gesetze
unter einen ausdrücklich festzusetzen
ist.

Behufs Vorbereitung der Errich-
tung einer Universität mit ruthenis-
cher Vortragssprache ermächtige ich
sie, successive und nach Maßgabe der

./.

Ermittlung von durch staatliche Förderung heranzubildenden oder in anderer Art zu gewinnenden wissenschaftlich befähigten Lehrkräften sowie unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften mit der Bestellung remunerierter Dozenten für den Vortrag der einzelnen, für den Fakultätsbetrieb wesentlichen Fächer in ruthenischer Sprache an der rechts- und staatswissenschaftlichen und an der philosophischen Fakultät der bestehenden Universität in Lemberg vorzugehen.

Ich ermächtige Sie ferner, auch Anträge wegen Ernennung dieser oder anderer Lehrkräfte, deren Qualifikation für den akademischen Lehrberuf in geeigneter Art festgestellt sein wird, zu Universitätsprofessoren mit ruthenischer Vortragssprache in der üblichen Weise zu stellen. Diese für die neugeschaffenen Lehrkanzeln ernannten Universitätsprofessoren werden bis zur selbständigen Organisierung des ruthenischen Universitätsunterrichtes den gesamten Fakultäten zur Dienstleistung und zwar in der Art zugewiesen, daß hiedurch die Zusammensetzung der betreffenden Professoren-Kollegien keine Aenderung erfährt. Sie sind jedoch den Berufungen der Professoren-Kollegien in allen jenen Fällen beizuziehen, in

./.

welchen es sich um die Habilitierung, Ernennung oder Berufung von Lehrkräften für den zu organisierenden ruthenischen Universitätsunterricht handelt.

Weiters beauftrage ICH Sie, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit - vorbehaltlich der verfassungsmäßig vorgezeichneten Schritte - bis zum Beginne des Studienjahres 1918/19 die an den genannten Fakultäten errichteten Lehrkanzeln und getroffenen Studieneinrichtungen mit ruthenischer Vortragssprache von dem Zusammenhange mit der bestehenden Universität in Lemberg losgelöst und im Sinne der geltenden Hochschulnormen unter Zugrundelegung der ruthenischen Vortrags- und Geschäftssprache und in Verbindung mit den gleichzeitig aus der Universität auszuscheidenden Studieneinrichtungen für Theologiehörer gr.-kath. Ritus, die ebenfalls zu einer theologischen Fakultät ausgestaltet werden sollen, zu einer im Wege des Gesetzes festzustellenden Orte in MEINEN Königreichen Galizien und Lodomerien als eine selbständige Universität organisiert werden. Die Vorbereitungen zwecks Errichtung dieser Universität haben derart zu erfolgen, daß sie der dem Gesetzeswege vorbehaltenen Entscheidung über den Standort derselben in keiner Weise präjudizieren.

./.

Alle wissenschaftlichen Anstal-
ten, Institutionen und Sammlungen und
sonstigen wie immer gearteten Vermö-
genschaften verbleiben, soferne sie
nicht ausdrücklich für Zwecke der
Studien in ruthenischer Sprache be-
stimmt sind, der bestehenden Univer-
sität in Lemberg, welche auch in den
für zuständigen Einflusse auf die Ver-
waltung der Universitätsbibliothek
umgestaltet erhalten werden wird.

Die Regelung der Ansprüche ru-
thenischer Hörer auf Stipendien hat
den Grundsätzen des Stiftungswesens
gemäss zu erfolgen. Soferne diesbe-
züglich nähere Bestimmungen erfor-
derlich erscheinen sollten, erhält
der Minister für Cultus und Unterricht
Auftrag, dieselben im Verordnungs-
wege zu erlassen.

Ich finde anzuordnen wie folgt:

An der bestehenden Universität in Lemberg haben die bezüglich des Sprachengebrauches im Amts- und Geschäftsverkehre sowie hinsichtlich der Vortrags- und Prüfungssprache mit Meinen Entschliessungen vom 4.Juli 1871, vom 27.April 1879 und vom 27.März 1882 erlassenen Normen bis zur Aktivirung einer selbstständigen Universität mit ruthenischer Vortragssprache in Meinem Königreiche Galizien und Lodomerien unverändert in Kraft zu bleiben.

Mit dem angegebenen Zeitpunkte haben die hinsichtlich des Gebrauches der ruthenischen Sprache an der bestehenden Universität in Lemberg getroffenen besonderen Bestimmungen ausser Kraft zu treten und soll fortan die polnische Sprache als ausschliessliche Vortrags-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache an dieser Universität gelten, was in dem die Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache betreffendem Gesetze unter Einem ausdrücklich festzulegen ist.

Behufs Vorbereitung der Errichtung einer Universität mir ruthenischer Vortragssprache ermächtige Ich Sie , sukzessive und nach Massgabe der Ermittlung von durch staatliche Förderung heranzubildenden oder in anderer Art zu gewinnenden wissenschaftlich befähigten Lehrkäfte sowie unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften mit der Bestellung remunerirter Dozenten für den Vortrag der einzelnen ,für den Fakultätsbetrieb wesentlichen Fächer in ruthenischer Sprache an der Rechts-und staatswissenschaftlichen und an der philosophischer Fakultät der bestehenden Universität in Lemberg vorzugehen.

Ich ermächtige Sie ferner , auch Anträge wegen Ernennung dieser oder anderer Lehrkräfte , deren Qualifikation für den akademischen Lehrberuf in geeigneter Art festgestellt sein wird, zu Universitätsprofessoren mit ruthenischer Vortragssprache in der üblichen Weise zu stellen. Diese (für die neugeschaffene Lehrkanzel ernannten) Universitätsprofessoren werden bis zur selbstständigen Organisirung des ruthenischen Universitätsunterrichtes den genannten Fakultäten zur Dienstleistung ,und zwar in der Art zugewiesen, dass hiedurch die Zusammensetzung der betreffenden Professorenkollegien keine Aenderung erfährt. Sie sind jedoch den Beratungen der Professorenkollegien in allen jenen Fällen beizuziehen, in welchen es sich um die Rehabilitirung, Ernennung oder Berufung von Lehrkräften für den zu organisirenden ruthenischen Universitätsunterricht handelt.

Weiters beauftrage Ich Sie , die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit- vorbehaltlich der verfassungsmässig vorgezeichneten Schritte- bis zum Beginne des Studienjahres 1918/19 die an den genannten Fakultäten errichteten Lehrkanzeln und getroffenen Studieneinrichtungen mit ruthenischer Vortragssprache von der Zusammenhange mit der bestehenden Universität in Lemberg losgelöst und im Sinne der geltenden Hochschulordnung auf der unter Zugrundelegung der ruthenischen Vortrags-und Geschäftssprache und in Verbindung mit den gleichzeitig aus der Universität auszuscheidenden Studieneinrichtungen für Theologiehörer griechisch-katholischen Ritus die ebenfalls zu einer theologischen Fakultät ausgestaltet werden sollen, zu einem im Wege des Gesetzes festzustellenden Sitze in Meinen Königreiche Galizien und Lodomerien als einer selbständigen Uni

versität organisirt werden. Die Vorbereitungen zwecks Errichtung dieser Universität haben derart zu erfolgen, dass sie der den Gesetzwege vorbehaltenen Entscheidung über den Standort derselben in keiner Weise präjudizieren.

§ 4. Alle wissenschaftlichen Anstalten, Einrichtungen und Sammlungen und sonstigen wie immer gearteten Vermögenschaften verbeleiben, soferne sie nicht ausdrücklich für Zwecke der Studien in der ruthenischen Sprache bestimmt sind, der zu errichtenden Universität in Lemberg welche auch in dem ihr zustehenden Einflusse auf die Verwaltung der Universitätsbibliothek unverschmälert erhalten werden wird.

Die Regelung der Ansprüche ruthenischer Hörer auf Stipendien hat den Grundsätzen des Stiftungswesens gemäss zu erfolgen. Soferne diesbezüglich nähere Bestimmungen erforderlich erscheinen sollten, ermächtige Ich Sie, dieselben im Verordnungswege zu erlassen.

ABGEORDNETENHAUS

88

1. Im Art. 2 sowohl in der polnischen Sprache wie in der Übersetzung der ruthenischen Sprache wie auch in der Übersetzung der deutschen Sprache (wie jetzt) —

2. Konkrete Fassung Art. 2. wie folgt:

„Auf soll die ausschliessliche Geltung der polnische Sprache an dieser Universität auch gesetzlich statuirt, demnach wird in den die Errichtung einer Universität mit ruth. Vortragssprache betreffende Gesetze [illegible] unter Einem ausdrücklich festgelegt sein, dass an der bestehende Universität in Lemberg die polnische Sprache als ausschliessliche

Vortrags- Prüfungs - Amts - ý Gerichts -
praxis zu gelten soll habe. —

LS
18

Behufs Vorbereitung der Errichtung einer Universität mit ruth. Vortragesprache ermächtige Ich Sie successive und nach Massgabe der Ermittlung von durch staatliche Förderung heranzubildenden oder in anderer Art zu gewinnenden wissenschaftlich befähigten Lehrkräfte sowie (nach Berücksichtigung der geltenden Vorschriften) mit der Bestellung remunerirter Privatdozenten für den Vortrag der einzelnen, für den Qualitätscharakter wesentlichen Fächer in ruth. Sprache an der rechts - und staatswissenschaftlichen und an der philosophischen Fakultät der bestehenden Universität in Lemberg vorzugehen.

Ich ermächtige Sie ferner, auch Anträge wegen Ernennung dieser oder anderer Lehrkräfte, deren Qualifikation für den andeutenden Lehrzweck in geeigneter Art festgestellt sein wird, zu Universitätsprofessoren mit ruth. Vortragesprache in der früheren Weise zu stellen. Diese für die Lehrkanzel der neu zu errichtenden Universität mit ruth. Vortragessprache ernannten Universitätsprofessoren werden bis zur selbstständigen Organisierung des ruth. Universitätsunterrichtes den genannten Fakultäten zur Dienstleistung, und zwar in der Art zugewiesen, dass hiedurch die Zusammensetzung der betreffenden Professoren - Kollegien keine Änderung erfährt. Sie sind jedoch den Beratungen der Professoren - Kollegien in allen jenen Fällen beizuziehen, in welchen es sich um die Habilitierung, Ernennung oder Berufung von Lehrkräften für den zu organisirenden ruth. Universitätsunterricht handelt.

Während der Übergangsperiode bleibt es Ihnen überlassen, die in ruth. Sprache vortragenden, bzw. für die zu errichtenden ruth. Universität in Aussicht genommenen Professoren fallweise in Kommissionen zusammentreten zu lassen und von ihnen gutächtliche Aeusserungen abzuverlangen, insbesondere über wichtigere, die Errichtung dieser Universität vorbereitenden Massnahmen.

Weiters beauftrage Ich Sie, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit vorbehaltlich der verfassungsmässig vorgezeichneten Schritte - bis zum Beginne des Studienjahres 1913/14 die an den genannten Fakultäten errichteten Lehrkanzeln und getroffenen Studieneinrichtungen mit ruth. Vortragssprache von der bestehenden Universität in Lemberg losgelöst und im Sinne der geltenden Hochschulnormen unter Zugrundelegung der ruth. Vortrags- und Geschäftssprache und in Verbindung mit dem gleichzeitig aus der Universität auszuscheidenden Studieneinrichtungen für Theologie-Hörer gr.kath Ritus, die ebenfalls zu einer theologischen Fakultät ausgestaltet werden sollen, an einem in Lege des Gesetzes festzusetzenden Sitze in Meinem Königreiche Galizien und Lodomerien als eine selbständige Universität organisiert werden. Die Vorbereitungen zwecks Errichtung dieser Universität haben derart zu erfolgen, dass sie der dem Gesetzeswege vorbehaltenen Entscheidung über den Standort derselben in keiner Weise präjudizieren.

Alle wissenschaftlichen Anstalten, Ein-

richtungen und Sammlungen und sonstigen wie in der gedruckten Vermögenschaften verbleiben, sofferne sie nicht ausdrücklich für Zwecke der Studien in ruth. Sprache bestimmt sind, der bestehenden Universität in Lemberg welche auch in den ihr zustehenden Einfluss so auf die Verwaltung der Universitätbibliothek ungeschmälert erhalten werden wird.

Die Regelung der Ansprüche ruth. Hörer auf Stipendien hat den Grundsätzen des Stiftungswesens gemäss zu erfolgen. Soferne diesbezüglich nähere Bestimmungen erforderlich erscheinen sollten, ermächtige Ich Sie dieselben im Verordnungswege zu erlassen.

Durch die vorstehenden Bestimmungen tritt an der Geltung und dem Gebrauche der polnischen Vortrags - , Prüfungs - , Akts - und Geschäftssprache der bestehenden Universität in Lemberg keine Änderung ein. Zugleich mit der Aktivierung der neuen Universität mit ruth. Vortragssprache in Galizien haben die hinsichtlich des Gebrauches dieser Sprache an der erstgenannten Universität getroffenen besonderen Bestimmungen ausser Kraft zu treten.

$\frac{1}{2}$ 1264

$\frac{1}{2}$ 2042

$\frac{3}{3}$

Yours

Behuf Vorbereitung der Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache in Meinem Königreiche Galizien und Lodomerien ermächtige Ich Sie , sukzessive und nach Maßgabe der Ermittlung von durch staatliche Förderung heranzubildenden oder in anderer Art zu gewinnenden wissenschaftlich befähigten Lehrkräften sowie unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften mit der Bestellung remunerierter Privatdozenten für den Vortrag der einzelnen, für den Fakultätsbetrieb wesentlichen Fächer in ruthenischer Sprache an der rechts-und staatswissenschaftlichen und an der philosophischen Fakultät der bestehenden Universität in Lemberg vorzugehen.

Ich ermächtige Sie ferner, auch Anträge wegen Ernennung dieser oder anderer Lehrkräfte, deren Qualifikation für den akademischen Lehrberuf in geeigneter Art festgestellt sein wird, zu Universitätsprofessoren mit ruthenischer Vortragssprache in der üblichen Weise zu stellen. Diese Universitätsprofessoren werden bis zur selbständigen Organisierung des ruthenischen Universitätsstudiums den ge-

./.

nannten Fakultäten zur Dienstleistung und zwar in der Art zuzuweisen sein, daß hiedurch die Zusammensetzung der betreffenden Professorenkollegien keine Aenderung erfährt. Sie sind jedoch den Beratungen der Professorenkollegien ihrer Fakultäten in allen jenen Fällen beizuziehen, in welchen es sich um Habilitierung, Ernennung oder Berufung von Lehrkräften für den zu organisierenden ruthenischen Universitätsunterricht handelt.

Bis zur Aktivierung eines selbständigen ruthenischen Universitätsstudiums bleibt es Ihnen überlassen, die in ruthenischer Sprache vortragenden beziehungsweise für die zu errichtende ruthenische Universität in Aussicht genommenen Professoren in Kommissionen zusammentreten zu lassen und von ihnen gutächtliche Aeußerungen abzuverlangen, insbesondere über wichtigere, die Errichtung dieser Universität vorbereitende Maßnahmen.

Weiters beauftrage Ich Sie, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit - vorbehaltlich der verfassungsmä-

./.

ßig vorgezeichneten Schritte, die vor Ablauf des Jahres 1914 durch die Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes einzuleiten sind - bis zum Beginne des Studienjahres 1916/17 die an den genannten Fakultäten vorhandenen Lehrkanzeln und getroffenen Studieneinrichtungen mit ruthenischer Vortragssprache von der bestehenden Universität in Lemberg losgelöst und im Sinne der geltenden Hochschulnormen unter Zugrundelegung der ruthenischen Vortrags-und Geschäftssprache und in Verbindung mit den gleichzeitig aus der Universität auszuscheidenden Studieneinrichtungen für Theologiehörer griechisch-katholischen Ritus, die ebenfalls zu einer theologischen Fakultät ausgestaltet werden sollen, an einem im Wege des Gesetzes festzustellenden Sitze in Meinem Königreiche Galizien und Lodomerien als eine selbständige Universität organisiert werden. Die Vorbereitungen zwecks Errichtung dieser Universität haben derart zu erfolgen, daß sie der dem Gesetzeswege vorbehaltenen Entscheidung über den Standort derselben in keiner Weise präjudizieren.

Alle wissenschaftlichen Anstalten,

./.

Einrichtungen und Sammlungen und sonstigen wie immer gearteten Vermögenschaften verbleiben, soferne sie nicht ausdrücklich für Zwecke der Studien in ruthenischer Sprache bestimmt sind, der bestehenden Universität in Lemberg, welche auch in dem ihr zustehenden Einflusse auf die Verwaltung der Universitätsbibliothek ungeschmälert erhalten werden wird.

Die Regelung der Ansprüche ruthenischer Hörer auf Stipendien hat den Grundsätzen des Stiftungswesens gemäß zu erfolgen. Soferne diesbezügliche nähere Bestimmungen erforderlich erscheinen sollten, ermächtige Ich Sie, dieselben im Verordnungswege zu erlassen.

Sollte das Gesetz betreffend die Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortrags- und Geschäftssprache in Galizien bis zum 1. Juli 1916 nicht zu - stande kommen, so ~~ermächtige Ich~~ Sie, die in diesem Zeitpunkte an den zwei oben genannten weltlichen Fakultäten der Universität in Lemberg für die akademischen Studien in ruthenischer Sprache sowie die an der dortigen theologischen Fakultät für die Hörer griechischen-katholischen

./.

Ritus vorhandenen Einrichtungen von dieser Universität abzutrennen und als eine selbständige provisorische Hochschulanstalt mit ruthenischer Vortragssprache zu konstituieren ~~sowie die~~ hiezu erforderlichen Verfügungen, ~~insbesondere~~ auch betreffend die Art der Erteilung akademischer Grade zu erlassen. Diese provisorische Hochschulanstalt ~~hätte~~ unbedingt nur bis zur Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache im legislativen Wege zu bestehen.

Durch die vorstehenden Bestimmungen tritt während der Uebergangsperiode bezüglich der bisherigen Geltung und des Gebrauches der polnischen Vortrags-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache an der bestehenden Universität in Lemberg keine Aenderung ein. Ebenso bleiben während dieser Übergangszeit die hinsichtlich des Gebrauches der ruthenischen Sprache an der genannten Universität getroffenen besonderen Bestimmungen unverändert in Kraft.

Mit dem Zeitpunkte der Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache in Galizien beziehungsweise mit dem Zeitpunkte der Konstituierung

./.

einer selbständigen provisorischen Hochschulanstalt mit dieser Vortragssprache das ist spätestens mit 1. Juli 1916, haben an der bestehenden Universität in Lemberg die erwähnten, hinsichtlich des Gebrauches der ruthenischen Sprache getroffenen besonderen Bestimmungen außer Kraft zu treten und ist die ausschließliche Geltung der polnischen Sprache als Vortrags-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache an dieser Universität in dem die Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache betreffenden Gesetze beziehungsweise in der eventuellen, die Konstituierung einer provisorischen Hoch - schulanstalt mit ruthenischer Vortragssprache betreffenden Verordnung ausdrücklich festzulegen.

1. Herbs Forest
2. Fallweide

1. Polish Canadian
2. 3.

In dem Wunsche der ruthenischen Bevölkerung in Meinen in Meinen Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern nach einer selbständigen Universität zu verwirklichen und zu gleichzeitig den polnischen Charakter der bestehenden Lemberger Universität prinzipiell festzustellen, finde Ich folgende Anordnungen zu treffen:

Im Grunde Meiner Entschließungen vom 4. Juli 1871, vom 27. April 1879 und vom 27. März 1882 gilt an der Universität in Lemberg die polnische Sprache als Amts-und Geschäftssprache sowie als Vortrags-und Prüfungssprache an den weltlichen Fakultäten und wird dieselbst,wie bisher so auch in Hinkunft, dauernd zu gelten haben. Die an dieser Universität bezüglich des Gebrauches der ruthenischen Sprache im Amts-und Geschäftsverkehre, dann die hinsichtlich der Vorträge und Prüfungen in ruthenischer Sprache getroffenen besonderen Bestimmungen haben bis zu der in Aussicht genommenen selbständigen Einrichtung des Universitätsunterrichtes in ruthenischer Sprache unverändert in Kraft zu bleiben.

Behufs Vorbereitung der Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache in Meinem Königreiche Galizien und Lodomerien ermächtige Ich Sie, sukzessive und nach Maßgabe der Ermittlung von durch staatliche Förderung heranzubildenden oder in anderer Art zu gewinnenden wissenschaftlich befähigten Lehrkräften sowie unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften mit der Bestellung remunerierter Privatdozenten für den Vortrag der einzelnen, für den Fakultätsbetrieb wesentlichen Fächer in ruthenischer Sprache an der rechts- und

./.

staatswissenschaftlichen und an der philosophischen Fakultät der bestehenden Universität in Lemberg vorzugehen.

Ich ermächtige Sie ferner, auch Anträge wegen Ernennung dieser oder anderer Lehrkräfte, deren Qualifikation für den akademischen Lehrberuf in geeigneter Art festgestellt sein wird, zu Universitätsprofessoren mit ruthenischer Vortragssprache in der üblichen Weise zu stellen. Diese Universitätsprofessoren werden bis zur selbständigen Organisierung des ruthenischen Universitätsstudiums den genannten Fakultäten zur Dienstleistung und zwar in der Art zuzuweisen sein, daß hiedurch die Zusammensetzung der betreffenden Professorenkollegien keine Änderung erfährt. Sie sind jedoch den Versammlungen der Professorenkollegien ihrer Fakultäten in allen jenen Fällen beizuziehen, in welchen es sich um Habilitierung, Ernennung oder Berufung von Lehrkräften für den zu organisierenden ruthenischen Universitätsunterricht handelt. Bis zur Aktivierung eines selbständigen ruthenischen Universitätsstudiums ermächtige Ich Sie, nach Ihrem Ermessen die in ruthenischer Sprache vortragenden beziehungsweise für die zu errichtende ruthenische Universität in Aussicht genommenen Professoren in Kommissionen zur Beratung über wichtigere, die Errichtung dieser Universität vorbereitende Fragen zusammentreten zu lassen und von ihnen gutächtliche Äußerungen abzuverlangen.

Weiters beauftrage Ich Sie, die erforderlichen Vor-

./.

bereitungen zu treffen, welche - vorbehaltlich der verfassungsmäßig vorgesehenen Schritte, die vor Ablauf des Jahres 1914 durch die Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes einzuleiten sind, bis zum Beginne des Studienjahres 1916/17 die an den genannten Fakultäten vorhandenen Lehrkanzeln und getroffenen Studieneinrichtungen mit ruthenischer Vortragssprache von der bestehenden Universität in Lemberg loszulösen und im Sinne der geltenden Hochschulnormen unter Zugrundelegung der ruthenischen Vortrags-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache und in Verbindung mit den gleichzeitig aus der Universität auszuscheidenden Studieneinrichtungen für Theologiehörer gr. kath. Ritus, die ebenfalls zu einer theologischen Fakultät umgestaltet werden sollen, an einem in Form des Gesetzes festzustellenden Sitze in Seinem Königreiche Galizien und Lodomerien als eine selbständige Universität organisiert werden. Die Vorbereitungen zwecks Errichtung dieser Universität haben derart zu erfolgen, daß sie der dem Gesetzeswege vorbehaltenen Entscheidung über den Standort derselben in keiner Weise präjudizieren.

Alle wissenschaftlichen Anstalten, Einrichtungen und Sammlungen und sonstigen sie immer gearteten Vermögenschaften verbleiben, soferne sie nicht ausdrücklich für Zwecke der Studien in ruthenischer Sprache bestimmt sind, der bestehenden Universität in Lemberg, welche auch in den ihr zustehenden Einflusse auf die Verwaltung der Universitätsbibliothek ungeschmälert erhalten werden wird.

Die Regelung der Ansprüche ruthenischer Hörer auf Stipendien hat den Grundsätzen des Stiftungswesens gemäss zu erfolgen. Sollten diesbezügliche nähere Bestimmungen erforderlich erscheinen sollten, ermächtige ich Sie, dieselben im Verordnungswege zu erlassen.

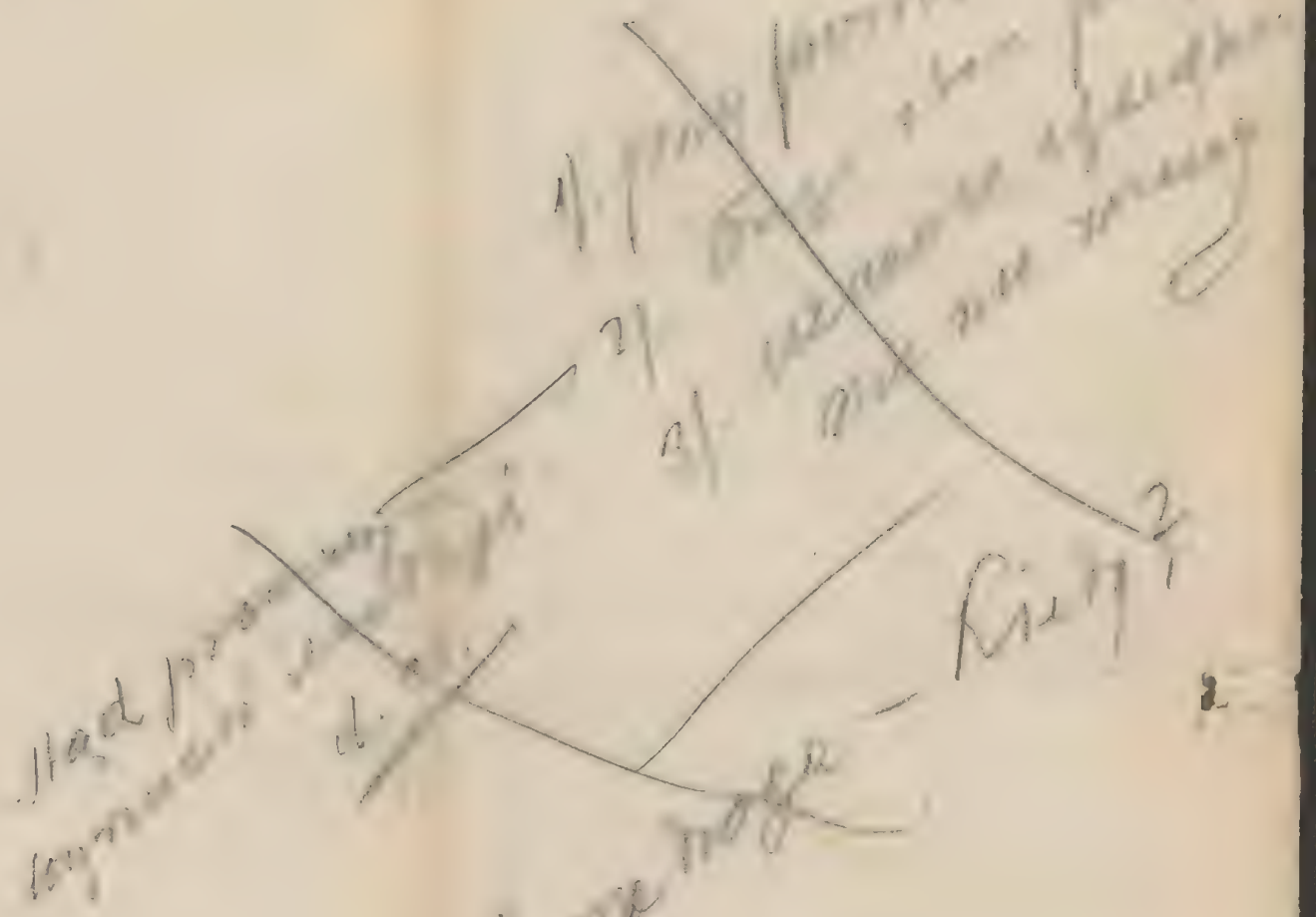
Sollte das Gesetz betreffend die Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortrags-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache in Galizien und Lodomerien bis zum 1.Juli 1916 nicht zu Stande kommen, so sind mit 1.Oktober 1916 die in diesem Zeitpunkte an den zwei obengenannten weltlichen Fakultäten der Universität in Lemberg für die akademischen Studien in ruthenischer Sprache sowie die an der dortigen theologischen Fakultät für die Hörer gr.-kath. Ritus vorhandenen Einrichtungen von dieser Universität auszutrennen und als eine selbständige, in keinerlei Zusammenhange mit der Lemberger Universität stehende provisorische Hochschule mit allen Rechten einer solchen und mit ruthenischer Vortragssprache zu konstituieren. Diese provisorische Hochschule hat unbedingt nur bis zur Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache im legislativen Wege zu bestehen.

Durch die vorstehenden Bestimmungen tritt während der Uebergangsperiode bezüglich der bisherigen Geltung und des Gebrauches der polnischen Vortrags-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache an der bestehenden Universität in Lemberg keine Aenderung ein. Ebenso bleiben während

dieser Uebergangszeit die hinsichtlich des Gebrauches der ruthenischen Sprache an der genannten Universität getroffenen besonderen Bestimmungen unverändert in Kraft.

Mit dem Zeitpunkte der Aktivierung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache in Galizien beziehungsweise mit dem Zeitpunkte der Konstituierung einer selbständigen provisorischen Hochschule mit dieser Sprache, ~~was spätestens mit 1. Oktober 1914 zu erfolgen hat~~, haben an der bestehenden Universität in Lemberg die erwähnten, hinsichtlich des Gebrauches der ruthenischen Sprache getroffenen besonderen Bestimmungen ausser Kraft zu treten und es tritt die ausschliessliche Geltung der polnischen Sprache als Vortrags-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache an dieser Universität mit diesem Zeitpunkte ein.

A. E. mpt
9/VI 1916



a

der

.../.

stellen. Diese Universitätsprofessoren seien in
der selbständigen Organisierung des wissen-
schaftlichen Universitätslebens der genannten Fakul-
täten nur Dienstleistung und zwar in der Art ei-
nes Beraters sein, und hierdurch die Zusammenarbeit
der betreffenden Professorenkollegien keine
Hemmung erfährt. Wie also jedoch das Verhält-
nis der Professorenkollegien ihrer Fakultäten in
einer jenen Fällen beispielsweise, in welchem es
sich um Schließung, Trennung oder Verlegung
von Lehrkräften für neu zu organisierenden ratio-
nalen Universitäts-Unterricht handelt. Wie zur
Aktivierung eines selbständigen wissenschaftlichen
Universitätslebens erforderlich ist, wie
Ihnen Erneuern die in selbständiger Tätigkeit vor-
handenen Reformmöglichkeiten für die zu errichtende
rationelle Universität in Anpassung gegenwärtiger
Professoren in Kommissionen zur Beratung über
Einrichtung, die Errichtung einer Universität
rationalistischen Prinzipien zusammenarbeiten zu lassen
und von ihnen praktische Änderungen abzuverlangen.

Weiters bemerkenswert ist es, die erfor-
derlichen Personalfragen zu treffen, damit - ver-
schiedene und verfassungsmäßig verschiedenen
Schäden - die von Beginn des Studienjahres
1919/20 ab an den einzelnen Fakultäten verfas-
sungsmäßig und reformierten Studienordnungen

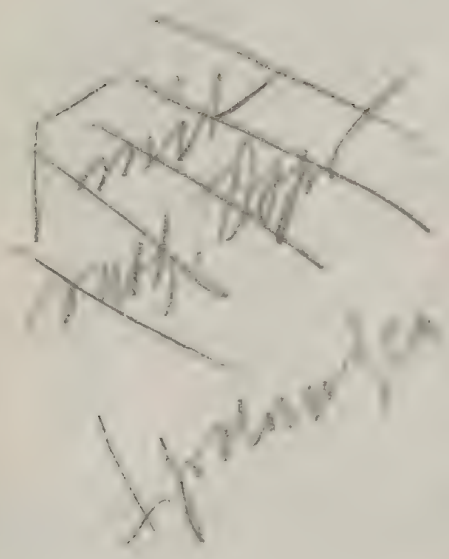
. .

[illegible] mit [illegible]
der bestehenden Universität in Hamburg [illegible]
löst und in Sinne der [illegible] Hochschulgesetzen
unter Zugrundelegung der [illegible] Prüfungs-,
Prüfungs-, Satz- und Gebührenrechte und in
Verbindung mit dem Gleichgehalt aus der Universi-
tät abzuschließenden Staatsvertrag für
Theologiestudierende [illegible], die ebenfalls
an einer theologischen Fakultät ausgebildet
werden sollen, so schien in Wege des [illegible] Fest-
stellungsverfahren für Personen [illegible] Fälle-
klar und [illegible] die eine selbständige Tä-
tigkeit [illegible] hatten. Die Verhandlungen
waren [illegible] Erfolg [illegible] Universität [illegible] Lan-
des zu erklären, daß die [illegible] Feststellungsverfahren über das Promotion durch-
führen zu lassen.

Die wissenschaftlichen Anstalten, Einrichtungen und Sammlungen und sonstigen die Lehre unterstützenden Veranstaltungen stellen, soweit sie nicht ausschließlich für Zwecke der Fakultät in forschungsmäßiger Tätigkeit dient sind, der Universität in Anspruch, welche auch in Lage die [illegible] Tätigkeit mit die Verwaltung der Universitätsbibliothek [illegible] [illegible] [illegible].

Die Berufung der Ordinarien [illegible] Fachgebiet auf Fakultäten hat [illegible]

./.



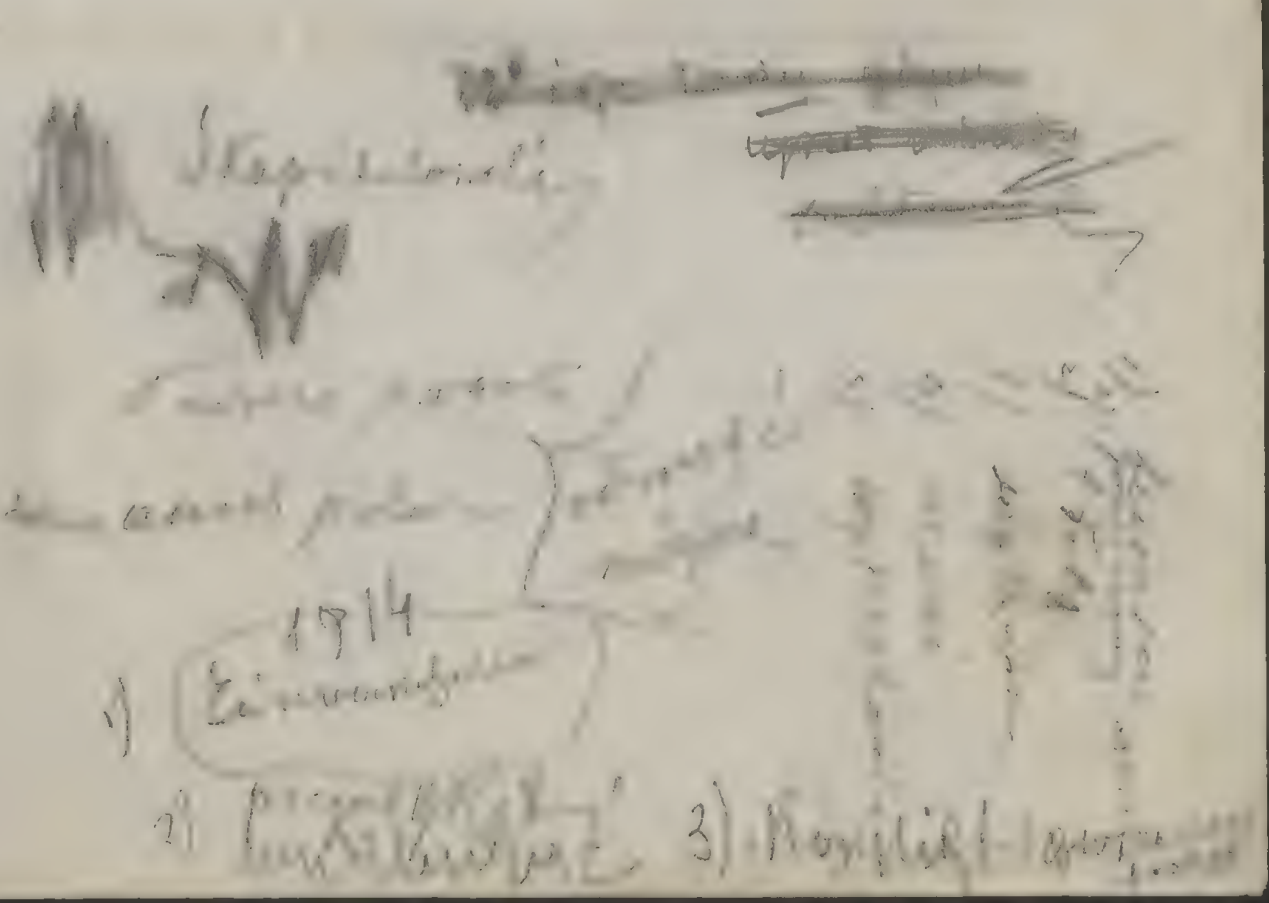
Tätigkeitsaufnahme gewährt werden. Sofern Sachverständige dieser Voraussetzungen erforderlich erscheinen sollten, ermächtige ich die, dieselben in Verwaltungswege zu erlassen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer [illegible] Universität und die vorläufige Regelung der polnischen Sprache als Vorlesungs-, Prüfungs-, Amts- und Gerichtssprache an der [illegible] Universität in Posen ist dringlich, um einen Anfang zu machen, die [illegible] zu beseitigen. Sollte dieses Gesetz bis zum 1. Juli 1919 noch [illegible] werden, so werden die 1. Oktober 1919 die [illegible] Schwierigkeiten an der Hand der [illegible] Universität in Posen für die [illegible] Studien in deutscher Sprache sowie die an der [illegible] Universität in Posen [illegible] Unterrichtsanstalten von dieser Universität abgetrennt und als eine selbständige, in loser Verbindung mit der Posener Universität stehende [illegible] Hochschule mit allen Rechten einer solchen und mit deutscher Vorlesungs-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache errichtet. Diese provisorische Hochschule hat selbstverständlich nur bis zur Errichtung einer Universität mit [illegible] Vorlesungssprache im [illegible] Sinne zu bestehen.

./.

Durch [illegible] bis zum 1. Oktober 1915 [illegible] durch die verschiedenen Maßnahmen, die bisher rein-
ab jüdische Sprache als Vorlesungs-, Prüfungs-,
Amts- und Verkehrssprache an der deutschen Uni-
versität in Lemberg nicht berührt, [illegible] blei-
ben müssen, dieser Notstand, die Möglich-
keit und Notwendigkeit der polnischen Sprache
an der genannten Universität gesetzlich bestim-
mend festzulegen, anerkannt zu sehen.

Mit dem Zeitpunkte der Errichtung einer
Universität mit polnischer Vortragssprache
in Lemberg beziehungsweise mit dem Zeitpunkte
des Inkrafttretens einer selbständigen gesetz-
lichen Regelung mit dieser Sprache, d.i. mit
1. Oktober 1915 [illegible] an der deutschen Univer-
sität in Lemberg die gesetzlichen, dienstlichen
den Gebrauch der polnischen Sprache betref-
fenden bezüglichen Bestimmungen außer Kraft zu
treten, so wird die gesetzmäßige Geltung
der polnischen Sprache als Vortrags-, Prüfungs-,
Amts- und Verkehrssprache an dieser Universität
mit diesem Zeitpunkte ein.



Um den Wunsch der ruthenischen Bevölkerung in [illegible] Königreiche Galizien und Lodomerien nach einer Universität zu verwirklichen, finde ich unter Feststellung und voller Wahrung des polnischen Charakters der bestehenden Universität in Lemberg folgende Anordnungen zu treffen:

Behufs Vorbereitung der Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortrags-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache in [illegible] Königreiche Galizien und Lodomerien ermächtige Ich Sie, sukzessive und nach Vollzug der Ermittlung von durch staatliche Förderung heranzubildenden oder in anderer Art zu gewinnenden wissenschaftlich befähigten Lehrkräften sowie unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften mit der Bestellung remunerierter Privatdozenten für den Vortrag der einzelnen, für den Fakultätsbetrieb wesentlichen Fächer in ruthenischer Sprache an der rechts- und staatswissenschaftlichen und an der philosophischen Fakultät der bestehenden Universität in Lemberg vorzugehen.

Ich ermächtige Sie ferner, auch Anträge wegen Ernennung dieser oder anderer Lehrkräfte, deren Qualifikation für den akademischen Lehrberuf in geeigneter Art festgestellt sein wird, zu Universitätsprofessoren mit ruthenischer Vortragssprache in der üblichen Weise zu stellen. Diese Universitätsprofessoren werden bis zur selbständigen Orga-

./.

nisierung des ruthenischen Universitätsstudiums den genannten Fakultäten zur Dienstleistung und zwar in der Art zuzuweisen sein, daß hiedurch die Zusammensetzung der betreffenden Professorenkollegien keine Änderung erfährt. Sie sind jedoch den Beratungen der Professorenkollegien ihrer Fakultäten in allen jenen Fällen beizuziehen, in welchen es sich um Habilitierung, Ernennung oder Berufung von Lehrkräften für den zu organisierenden ruthenischen Universitätsunterricht handelt. Die zur Aktivierung eines selbständigen ruthenischen Universitätsstudiums ermächtige ich Sie, nach Ihrem Ermessen die in ruthenischer Sprache vortragenden Lehrbefugten für die zu errichtende ruthenische Universität in Aussicht genommenen Professoren in Kommissionen zur Beratung über wichtigere, die Errichtung dieser Universität vorbereitende Maßnahmen zusammentreten zu lassen und von ihnen gutächtliche Äußerungen abzuverlangen.

Weiters beauftrage ich Sie, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit - vorbehaltlich der verfassungsmäßig vorgezeichneten Schritte - bis zum Beginne des Studienjahres 1910/11 die an den genannten Fakultäten vorhandenen Lehrkanzeln und getroffenen Studieneinrichtungen mit ruthenischer Vortragssprache von der bestehenden Universität in Lemberg losgelöst und im Sinne der geltenden Hochschulnormen unter Zugrundelegung der ruthenischen

./.

Vortrags-, Prüfungs-, Amts-und Geschäftssprache und in Verbindung mit den gleichzeitig aus der Universität auszuscheidenden Studieneinrichtungen für Theologiehörer gr. kath. Ritus, die ebenfalls zu einer theologischen Fakultät ausgestaltet werden sollen, an einem im Wege des Gesetzes festzustellenden Sitze in XXIXXX Königreiche Galizien und Lodomerien als eine selbständige Universität organisiert werden. Die Vorbereitungen zwecks Errichtung dieser Universität haben derart zu erfolgen, daß sie der dem Gesetzeswege vorbehaltenen Entscheidung über den Standort derselben in keiner Weise präjudizieren.

Alle wissenschaftlichen Anstalten, Einrichtungen und Sammlungen und sonstigen wie immer gearteten Vermögenschaften verbleiben, soferne sie nicht ausdrücklich für Zwecke der Studien in ruthenischer Sprache bestimmt sind, der bestehenden Universität in Lemberg, welche auch in dem ihr zustehenden Einflusse auf die Verwaltung der Universitätsbibliothek ungeschmälert erhalten werden wird.

Die Regelung der Ansprüche ruthenischer Hörer auf Stipendien hat den Grundsätzen des Stiftungswesens gemäß zu erfolgen. Soferne diesbezügliche nähere Bestimmungen erforderlich erscheinen sollten, ermächtige ICH Sie, dieselben im Verordnungswege zu erlassen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Errichtung

./.

einer ruthenischen Universität und die ausschliessliche Geltung der polnischen Sprache als Vortrags-, Prüfungs-, Amts - und Geschäftssprache an der polnischen Universität in Lemberg ist vor Ablauf des Jahres 1914 hinzubringen. Sollte dieses Gesetz bis zum 1. Juli 1914 nicht zustandekommen, so werden mit 1. Oktober 1914 die in diesem Zeitpunkte an den zwei oben genannten weltlichen Fakultäten der Universität in Lemberg für die akademischen Studien in ruthenischer Sprache sowie die an der dortigen theologischen Fakultät für die Zöglinge gr. kath. Ritus vorhandenen Einrichtungen von dieser Universität abgetrennt und als eine selbständige, in keinerlei Zusammenhange mit der Lemberger Universität stehende provisorische Hochschule mit allen Rechten einer solchen und mit ruthenischer Vortrags-, Prüfungs-, Amts-und Geschäftssprache konstituiert. Diese provisorische Hochschule hat unbedingt nur bis zur Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache im legislativen Wege zu bestehen .

Auch während der Uebergangsperiode, d.i. spätestens bis zum 1. Oktober 1917 wird durch die vorstehenden Bestimmungen die bisher geltende polnische Sprache als Vortrags-, Prüfungs-, Amts-und Geschäftssprache an der bestehenden Universität in Lemberg nicht berührt. Die hinsichtlich des Gebrauches der ruthenischen Sprache an der genannten

./.

Universität getroffenen besonderen Bestimmungen bleiben gleichfalls während dieser Uebergangsperiode unverändert in Kraft.

Spätestens mit 1. Oktober XXX/1916 beziehungsweise ~~XX/XX/XXX/XXXX~~ mit dem Zeitpunkte einer eventuell früher erfolgten Errichtung einer Universität mit ruthenischer Vortragssprache haben die an der bestehenden Universität in Lemberg hinsichtlich des Gebrauches der ruthenischen Sprache getroffenen besonderen Bestimmungen außer Kraft zu treten und es tritt die ausschließliche Geltung der polnischen Sprache als Vortrags-, Prüfungs-, Amts- und Geschäftssprache an dieser Universität mit diesem Zeitpunkte ein.

ad. 1, 3.

Erlass des Ministers K. u. U. vom 11 Juli 1871, Z. 5233/Präs.,

an das Statthalterei-Präsidium für Galizien und an den rektorischen Senat der Universität in Lemberg, betreffend die Beseitigung der bisherigen Beschränkungen in der Abhaltung polnischer und ruthenischer Vorträge an der Universität in Lemberg.

(Se. k. u. k. Ap. Majestät haben mit Ah. Entschl. vom 4. d. M. zu verordnen geruht, dass die Beschränkungen, welche der Abhaltung von polnischen und ruthenischen Vorträgen an der rechts- und staatswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät der Universität in Lemberg bisher entgegenstanden, gänzlich zu entfallen haben und auf die Lehrkanzeln dieser Fakultäten in Zukunft nur Landesleute, welche zum Vortrage in einer der beiden Landessprachen vollkommen befähigt sind, berufen werden können.)

Eine weitere Folge dieser Ah. genehmigten Bestimmung ist es, dass von nun an Eingaben in polnischer oder ruthenischer Sprache anstandslos entgegengenommen und von Seite der akademischen Behörden die nöthigen Verfügungen getroffen werden, dass die Erledigung über dieselben in der betreffenden Landessprache hinausgegeben werden kann.

Nr. 14.

Erlass des Ministers für K. u. U. vom 5 Mai 1879, Z. 6275, M. V. Bl. Nr. 33.

an das Rektorat der Universität in Lemberg, betreffend die Prüfungs- und Amtssprache an der dortigen Universität.

Se. k. u. k. Ap. Majestät haben mit Ah. Entschl. vom 2. April d. J. ag. zu genehmigen geruht, dass die polnische Sprache in der Art und Weise und der Ausdehnung, in welcher dieselbe durch die Verordnung vom 5 Juni 1869 z. G. u. V. B. vom Jahre 1867, ab. 24, bei den in §§ 1-3 dieser Verordnung angeführten Behörden und Ämtern eingeführt worden ist, auch als Geschäftssprache der akademischen Behörden der Lemberger Universität zu gelten hat.

Weiters haben Se. k. u. k. ap. Majestät ag. anzuordnen geruht, dass als Prüfungssprache bei den strengen Prüfungen an den rechtlichen Fakultäten die polnische Sprache angesehen werde mit alleiniger Ausnahme der Prüfung aus dem deutschen Rechte, welche, insolange dieses Recht noch in der deutschen Sprache vorgetragen wird, auch in dieser Sprache vorzunehmen ist.

Zugleich bleibt jedoch den Kandidaten der strengen Prüfungen gestattet, vorausgesetzt, dass die nach den Bestimmungen der Rigorosenordnung zur Teilnahme an dieser Prüfung berufenen Professoren oder lesepflichtigen Sprache mächtig sind die Prüfung auch in der deutschen oder ruthenischen Sprache abzulegen.

Hievon setze ich das Rektorat zu seiner Veranlassung mit dem Beifügen in Kenntnis, dass die Handkataloge und Kollogiencreignisblätter welche zum Gebrauche der nicht in polnischer Sprache vortragenden Professoren bestimmt sind, in der bezüglichen Sprache auszufertigen sind und dass den unter vorzulegenden Sitzungsprotokollen der akademischen Behörden stets eine deutsche Übersetzung beizulegen ist.

125
112

Nr. 15.

Aus dem Erlasse des Ministers für K. u. U. vom 5 April 1882.

Z. 5204,

an 1. den Statthalter für Galizien, 2 das Dekanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Lemberg,

(betreffend die Vortragssprache an der Universität Lemberg)

Was ... den Fortbestand der ruthenischen Lehrkanzeln (an der Lemberger Universität) betrifft, so bemerke ich, dass .... nach der gegenwärtigen Einrichtung der Lemberger Universität alle Professoren in der Regel für Abhaltung der ihnen obliegenden Vorlesungen in der polnischen Sprache verbunden sind, wovon nur in jenen Fällen eine Ausnahme einzutreten hat, wo durch die Regierung, unbeschadet des für jeden Kronländer geltenden Erfordernisses der vollkommenen Kenntnis einer der beiden Landessprachen eine anderweitige Bestimmung getroffen wird, oder bereits früher getroffen wurde, wie dies eben in Ansehung der in Frage stehenden, für den Vortrag in ruthenischer Sprache bestehenden Lehrkanzeln der Fall ist.

1215
113